

Die „Vorkämpfer“
erscheint wöchentlich 8 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Grunpachstr. 2/4,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Binde 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.99,
wo keine Post am Orte, M. 3.24.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

„Vorkämpfer“
bezieht für die nächsten
Gesamtwochen über einen Monat
für 25 Pfennige.
Für Artikel, Briefe und
Berichtigungen sind
15 Pfennige
zusätzliche Kosten zu zahlen.
Interesse für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1204.

Nr. 226.

Breslau, Dienstag, den 27. September 1910.

21. Jahrgang.

Magdeburg.

Ungefähr zur gleichen Stunde, als in Breslau wieder einmal ein Arbeiterredakteur zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, durch die unsere Stadt in ganz Deutschland berühmt geworden ist, vollendeten die Abgeordneten des deutschen Proletariats in Magdeburg den letzten Abschnitt ihrer Beratungsarbeit.

Wenn auch die Verhandlungsgegenstände der letzten Tage, besonders die Beratung des Wahlrechtskampfes, ihren hohen Wert haben, so konzentriert sich doch das Hauptgewicht der Debatten und Beschlüsse auf die Verhandlung über die badische Budgetbewilligung, die nicht nur die Zeit des Parteitag am längsten in Anspruch nahm, sondern auch den heftigsten Zusammenprall der Meinungen, die geistvollsten Kontroversen und das Ringen der verschiedensten Kräfte in einer Weise herbeiführte, die nur von Besten an geistigen Kräften in unserer Partei den heftigsten Nachschuß leistet. Im großen und ganzen hat sich der Kampf der Anschauungen auch in streng sachlichem Rahmen gehalten und es ist keiner aufgestanden, der von seinem Gegner behauptet hätte, daß er nicht nach seiner Anschauung das Beste für die Sache des deutschen Proletariats gewollt habe. Bis zum Nachmittag des zweiten Tages mußten sogar feindselige Blätter die Milderheit der kämpfenden Parteien hervorheben, und dies Bild ist nur etwas getrübt worden durch die forcierte Nachschüfung, die, entstanden aus einer unglücklichen Erklärung des badischen Redners Frank, doch hätte vermieden werden sollen, nachdem derselbe Genosse hervorgehoben hatte, daß die zukünftige Haltung seiner Kollegen mit den Nürnberger Beschlüssen nicht in Widerspruch stehen wird. Und wenn es auch eine arge Übertreibung des württembergischen „Nekar-Echo“ ist, zu schreiben: „Die Mehrheit des Parteitages zeigte, daß sie aus Polizei-Preußen stammt“, so bleibt doch der Eindruck solcher hitziger Debatten und überstürzter Beschlüsse immer ein unangenehmer und erleichtert die Propagierung unserer Ideen nicht. Was die Mehrheit im Antrag Zubeil sachlich beschloß, mag man mit Bebel als überflüssig ansehen, eine Veränderung in der Organisationslage erzielt es nicht, und deshalb lohnt es nicht der Aufregung auf beiden Seiten. Wir hoffen, daß nach den nun festgelegten Wünschen der Gesamtpartei die süddeutschen Genossen einen Weg finden werden, der ihre Haltung in Einklang mit diesen Beschlüssen bringt. Ihre abweichende Meinung in der Diskussion zu vertreten, ist ihnen nicht verwehrt, ebensowenig der Versuch, die Mehrheit zu ihrer Anschauung zu bekehren. Wenn wir es aber der politischen Entwicklung zunächst einmal überlassen, der Zukunft die Wege zu weisen, bleiben uns diese Debatten hoffentlich eine Zeitlang erspart.

Die etwa noch erwartete scharfe Auseinandersetzung über die Mittel im preussischen Wahlrechtskampfe blieb aus, die Kritiker auf diesem Felde erhoben nicht so trotzig als die Süddeutschen ihr Manneshaute, sondern zogen die strittigen Punkte ihrer Resolution zurück und räumten so das Feld. Das geschah offenbar unter dem Eindruck, daß eine zweite scharfe Polemik unter den Genossen in diesem Augenblick nach jeder Hinsicht unerwünscht war, und unter diesem Eindruck zogen auch die Breslauer Delegierten ihren die „Neue Zeit“ betreffenden Antrag zurück. Wir nehmen an, daß der zweite vom Genossen Wiener ausgehende Antrag über eine neue Werbechrift für unsere Ideen nicht im Altentstau des Parteibureaus vergiftet, sondern noch vor den Wahlen seine Verwirklichung erlebt. Erfreulich ist es, daß der Parteitag die Aufforderung von Leipzig wiederholte und die Genossen auf die Unterlassung des Schnapskonsums hinwies und ferner einer starken Protestbewegung gegen die Fleischnot seine Förderung angebotene ließ. Der Bericht der Reichstagsfraktion, den Genosse Noske in fesselnder Weise erstattete, gab diesmal zu keinen Ausstellungen Anlaß, und während im vorigen Jahre dabei die große Erbschaftsteuerdebatte stattfand, konnte diesmal der Referent auf sein Schlusswort verzichten. Bei der Debatte über das Genossenschaftswesen bestätigte der Parteitag im Wesentlichen die Richtlinien, die bereits der Internationale Kongress gegeben hatte, und bei der Reichsversicherungsordnung legte er Verwahrung ein gegen die Verhinderung der Arbeiteransprüche im Entwurf wie in der Kommissionsfassung dieses sozialpolitischen Gesetzes. Ebenso fand die jesuitische Haltung des Zentrums in dieser Frage ihre drastische Beleuchtung.

Die Lage der Beratung sind vorüber, die Tage der Arbeit in Propaganda und Organisation haben aufs neue an den Städten stehen die Kommunalwahlen vor der Tür, das Reich rüstet sich für die große Abrechnung 1911. Wie ein Scheinwerfer beleuchtete die Lage jenes vom Genossen Amberger verlesene Zirkular eines kommandierenden Generals, das dem Auslande die Stellung der deutschen Regierung zur deutschen Arbeiterchaft recht drastisch illustriert und auch der Arbeiterchaft sagt, wie die Regierung eventuell mit ihr zu verfahren gedenkt. Die Liebe zu Kaiser und Reich wird das ja entsprechend erhöhen.

Fürs Proletariat gibt es darauf nur eine Antwort: Vorkämpfer auf der alten Bahn der Aufklärung der Massen, auf dem unser ganzes

Staatsgebäude ruht! Der Wahlrechtstag hat die Einigkeit und Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie glänzend bewiesen, nun geht's aufs neue an die Arbeit!

Politische Uebersicht.

Die Magdeier.

Der größte Teil der bürgerlichen Presse fährt fort, die Nachschüfung des Magdeburger Parteitags zu Jueden der Bethmannschen Sammlungspolitik auszusprechen. Die 228 Parteitagsdelegierten, die für den umgedeberten Antrag Zubeil stimmten, werden in der Absicht, mit ihnen die ganze Partei zu treffen, persönlich angegriffen und beschimpft. Man sucht es so darzustellen, als ob eine Horde von Ignoranten und wilden Schreibern über die Minderheit und den Parteivorstand hinweggeschritten und die Führung an sich gerissen hätte. Solche Mandber, deren Zweck doch zu durchsichtig ist, werden wohl die persönlich Angegriffenen völlig kalt lassen, und von allen anständig denkenden Menschen ohne Unterschied der Partei verurteilt werden, aber es ist dennoch unmöglich, sie unbeachtet zu lassen. Denn einmal zeigen sie klar genug, wie es bei den nächsten Wahlen gemacht werden soll, dann aber brauchen sie nur niedriger gehängt zu werden, um das geistige und sittliche Niveau jener Polemiker zu kennzeichnen, denen die Magdeburger Debatten nicht genug tiefgründig und vornehm gewesen sind.

Den Vogel schießt das „Leipziger Tageblatt“ ab, das seinen Lesern erzählt, seit Magdeburg sei Bebel nicht mehr Führer der Partei, und dann fortfährt:

Das leuchtende Haupt der Genossenschaft heißt Zubeil und verschönt Schnaps in einem Vortrag in Berlin... Im Kampfe der Pressen und Klängen ist er als Sieger hervorgegangen, der den geringsten Verlust an verstandesmäßigen Meinungen zu diesem Geschäft mitbrachte... Ein Ergebnis, das das Urteil über diese Parteipolitik deutlicher spricht, als das irgendwelche Worte vermöchten.

Die Tatsache, daß Genosse Zubeil, der seit 1899 eine Expedition des „Vorkämpfers“ leitet, ein paar Jahre Gastwirt gewesen war, da er als gemäßigter Tischler in seinem Handwerk keine Arbeit mehr finden konnte, genügt also dem „Leipziger Tageblatt“, diesem Mann einen Maler für sein ganzes Leben anzuhängen! Natürlich kommt es diesem nationalliberalen Blatt nicht auf Zubeil persönlich, sondern auf die Partei an, die gewissermaßen als die Stammbühne eines Schnapswirtes hingestellt werden soll, bloß weil der erste Unterzeichner des bekannten Antrags einige Zeit hindurch dem bürgerlich ehrenwerten Gastwirtsstande angehört hat!

Daß der Mehrheit der 228 eine ganze Reihe geistig bedeutender Persönlichkeiten angehört, wird kein objektiv Denker, gewiß auch nicht die Minderheit des Parteitags, bestreiten. Wenn aber die Mehrheit gerade den Genossen Zubeil dazu auserkäh, ihren Antrag als Erster zu unterzeichnen, obgleich dieser Genosse selbst zu bescheiden dazu ist, sich zu den ersten geistigen Führern der Partei zu rechnen, so geschah dies vermutlich, weil gerade Zubeil wegen seiner großen Verdienste um die organisatorische Mitarbeit und durch seine unbestrittene persönliche Lauterkeit und Rechtfchaffenheit auch bei jenen Parteigenossen hohes Ansehen genießt, die nicht immer seiner Meinung sind. Zum Überfluß hat Zubeil vor den entscheidenden Ereignissen, wie in den Verhandlungen festgestellt wurde, das Parteitagstokal verlassen müssen, um einer übernommenen Verpflichtung als Versammlungsreferent nachzukommen. All das hindert den Stimmungsbildner des „Leipziger Tageblatt“ nicht, seine Dreckschleuder gegen diesen Mann zu richten, der sich das Recht auf öffentliche Achtung dadurch verschert haben soll, daß er, vielleicht als Opfer liberaler Arbeitgeber, einmal gezwungen war, als Wirt sein Brot zu verdienen!

In solchem Treiben liegt System. Aus Angst vor der roten Flut sucht man die überlebende braune Flut des Schmutzes, der persönlichen Beschimpfung und Verleumdung zu entfesseln. Es ist überflüssig, näher auszuführen, daß man in der Abwehr dieser unanständigen Kampagne die ganze Partei ohne Unterschied einig finden wird.

Lebensmittelerhöhung und Lohnerhöhungen.

Die Gegner der Arbeiterchaft behaupten gern und oft, daß die Teuerung weitgemacht werde durch die Lohnerhöhungen und die Arbeiter keinen Grund zur Klage haben. Wie wenig die Lohnerhöhungen gegen die zunehmende Teuerung vermögen, zeigen Zahlen, die von den Ortskrankenkassen Deutschlands veröffentlicht werden. So erzählt die Ortskrankenkasse Dresden, daß der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter in der Lohnklasse von 3 Mark 10 Pfennig eine 18,04 prozentige Lohnerhöhung erfahren hat. Die in der Landwirtschaft und in der Gärtnerei beschäftigten Personen erzielten nur eine Lohnerhöhung von 5,8 respektive 4,5 Prozent. Die weiblichen Mitglieder der bezeichneten durchschnittlich eine tägliche Lohnsteigerung um 16 Prozent oder 30 Pfennigen gleich 18 Kreuzern.

In derselben Zeit stiegen die Lebensmittelpreise durchschnittlich um 17,5 Prozent, Fleisch und Fleischwaren stiegen um 16,2 Prozent, Getreide und Getreidewaren um

84,7 Prozent, Fische um 21 Prozent und die Kohlen um 13,8 respektive um 34 Prozent.

Die Lohnerhöhungen der Arbeiterinnen wurden also um 1 Prozent von der Steigerung der Lebensmittelpreise übertroffen, die Steigerung der männlichen Löhne in den besten Lohnklassen war wohl um 1 Prozent höher, als die prozentuale Erhöhung der Lebensmittel durchschnittlich ausmachte, aber dieses eine Prozent wird wettgemacht durch die Verteuerung der Wohnungen und der anderen Bedarfsartikel.

Wir sehen also, daß Lohnerhöhungen allein die wirtschaftliche Lage der Arbeiterchaft nicht bessern können. Hand in Hand mit den Lohnkämpfen muß der politische Kampf um eine volksfreundliche Sozialpolitik gehen und um eine vernünftige Steuerpolitik. Diese Zahlen lehren auch den Frauen die Einsicht, daß sie der wirtschaftlichen und politischen Organisation angehören müssen. Deshalb hinein in die Gewerkschaften, hinein in die politische Organisation!

Schwierige Stats-Auffstellung.

Die Auffstellung des Stats 1911/12 scheint auf ganz erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen. Offenbar weiß der Schatzsekretär beim besten Willen nicht, wie er es machen soll, Einnahmen und Ausgaben in Einklang miteinander zu bringen. Wie die „Magdeburger Zeitung“ erzählt, ist es besonders das Kriegsministerium, das mit seinen hohen Anforderungen dem Schatzsekretär die gute Laune verdirbt. Daß die Auffstellung des Stats so umständlich vor sich geht, führt die „Magdeburger Zeitung“ auf die Art des Geschäftsganges zurück, den sie in folgender Weise schildert:

Die Revisorarbeiten werden vom August an schriftlich angemeldet und dann im Reichsschatzamt eingehend geprüft, worauf den einzelnen Verwaltungen ein schriftlicher Bescheid erteilt wird: diese antworten wieder, beklagen die gemachten Abstriche, halten ihre Forderungen zum Teil aufrecht und begründen sie womöglich noch ausführlicher — so geht es etwa 2 Monate hin und her, bis dann endlich erst mündliche Verhandlungen über die freigelegten Forderungen stattfinden. Damit wird viel unnütze Schreibarbeit geleistet. Würde auf sie verzichtet und gleich nach der Anmeldung das mündliche Verfahren beliebt, so könnte auch eine Menge von Beamten erspart werden.

Bestenfalls ist schon richtig, aber das Beamtenheer ist nun einmal da und muß nun auch beschäftigt werden, deshalb wird an diesem bürokratischen Zug auch nichts geändert. Das Magdeburger Blatt stellt dann weiter fest:

Die Militärvorlage ist noch nicht endgültig festgesetzt, vielmehr dauern die Verhandlungen darüber noch fort. Die Frage des Ehrensoldes für diejenigen Kriegsveteranen, die nicht infolge von Verwundungen, Kränkungen usw. schon mit Pensionen oder Reichsbekleiden bedacht sind, ruht vollständig und es läßt sich zur Zeit auch nicht absehen, woher die Mittel für den Ehrensold genommen werden könnten. Dem Reichstag wird es überlassen bleiben, den Weg dazu zu zeigen, nachdem die Besprechung mit Parlamentariern, die im Sommer im Reichsschatzamt stattfand, ergebnislos verlaufen ist.

Was von bürgerlicher Seite bisher über die Militärvorlage verbreitet wurde, war haltlose Kombination, denn das Kriegsministerium bewahrt strengstes Stillschweigen und eben letzterer Umstand läßt darauf schließen, daß es sich nicht nur um kleine Veränderungen in den Formationen handeln wird. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Auffstellung des Stats herausstellen, zeigen am besten die trostlose Finanzlage, in der sich das Reich wieder befindet.

Die Laus im nationalliberalen Belg.

Die Presse des Schnapsblocks schöpft eifrig aus der „Korrespondenz für nationale Politik“, die unter national-liberaler Flagge segelt, den Reaktionen zu völlig kostenloser Benutzung zugeht. Dieses Organ des Abgeordneten Freiherrn Seyla u Herrnsheim teilt mit, daß dafür gesorgt ist, daß auf dem nationalliberalen Parteitag in Aassel folgende Punkte erörtert werden:

In wirtschaftlichen Fragen darf künftig ein Fraktionszwang nicht ausgeübt werden.

Die Presse (1) gegen die rechtsstehenden Parteien muß unterlassen werden.

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie wird als die wichtigste Aufgabe allen anderen vorangestellt.

Demgemäß ist jeder die Sozialdemokratie einschließende Großblock gegen die Rechte und das Zentrum unabweislich zurückzuweisen.

Ein generelles Bündnis mit dem Freisinn wird abgelehnt.

Die Jungliberalen dürfen keine Partei in der Partei bilden und ebensowenig eine selbständige Politik treiben.

Das ist in der Tat das Programm des Beberzings von Worms, der die Nationalliberalen unter allen Umständen in die Arme des Schnapsblocks treiben will. Es wird interessant sein zu beobachten, wie sich die Gesamtpartei auf ihrem Kasseler Parteitag dazu verhält.

Regierungs-Pöbelle.

Wilhelm II. ist von Ostpreußen nach Ungarn gereist, von dort nach Wien, dann nach Sigmaringen und schließlich kam er Freitag früh nach Potsdam, am Abend wieder nach Rominten zu reisen. Bei dieser mehr stündigen Anwesenheit in Potsdam hat Wilhelm II. wieder einmal seinen Reichstangler gesehen. Herr von Bethmann-Hollweg durfte seinen Herrn nach dem Bahnhof begleiten, dann zog er sich wieder in die Einsamkeit von Hohenfinow zurück. Wilhelm II. aber reiste weiter.

Der Verlauf des Generals v. Bissing

findet den lebhaften Beifall der reaktionären Presse. Die „Kreuzzeitung“ hält es für selbstverständlich, daß die Militärbehörde Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit trifft, namentlich habe sie die Aufgabe, auch Maßnahmen gegen einen politischen Massenstreik vorzubereiten. Die Verhaftung sozialdemokratischer Führer im Falle einer revolutionären Bewegung wird als eine im Staatsinteresse gelegene Notwendigkeit hingestellt. Selbstverständlich darf die reaktionäre „Post“ nicht fehlen. Dieses Scharfmacherblatt äußert sich ähnlich wie die „Kreuztg.“, fügt aber noch hinzu, daß vor allen Dingen gegen den politischen Massenaufrast gerüstet werden müsse und bemerkt weiter:

„Ob unsere Gesetzgebung für diesen Fall ausreicht, erscheint aber recht zweifelhaft und es wird vor allem Sache der Regierung sein, dafür zu sorgen, daß es im gegebenen Augenblick nicht an den nötigen Mitteln zur erfolgreichen Abwehr gegen politische Massenaufrast fehlt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ erblickt in der Bekanntgabe des Erlasses eine verpuffte Sensation. Das agrarische Blatt hält es als selbstverständlich, daß, wenn der Aufruhr in den Straßen tobt, die zum Aufruhr gehenden Leute unschädlich gemacht und verhaftet werden müssen. Die Zimmlichkeit der Abgeordneten höre mit dem Belagerungsstande auf. Es sei direkt verdienstlich, daß den Truppenführern nach dieser Richtung hin bestimmte Anweisungen gegeben worden sind. Wesentlich ist dem agrarischen Blatte nur der Umstand, daß eine derartige Anweisung in die Hände eines Sozialdemokraten gelangen konnte.

Verflechtung der Witwen- und Waisensicherung. Nach § 15 des Zöllnergesetzes sollte die Witwen- und Waisensicherung am 1. Januar 1911 in Kraft gesetzt werden. Diese Bestimmung wurde vom Reichstage dahin abgeändert, daß als Termin der 1. April 1911 festgesetzt wurde. Das Zentrum hat damals erklärt, daß man jedenfalls dazu kommen müsse, dem Gesetz rückwirkende Kraft bis auf den 1. Januar 1910 zu geben. Jetzt wird offiziös verkündet, daß der 1. April 1911 kaum als Termin des Inkrafttretens eingehalten werden könne, weil durchaus nicht feststehe, daß sich die Verabschiedung des Gesetzes bis zu diesem Zeitpunkt ermöglichen lasse. Je länger die Sache hinausgeschoben wird, desto weniger kann damit gerechnet werden, daß dem Gesetz rückwirkende Kraft verliehen wird. Und die Arbeiterwitwen und Waisens sind die Betroffenen. Steuer-, Zoll- und Militärvorlagen werden schneller fertig.

Die Vertagung des Reichstags ist bekanntlich in der kaiserlichen Verordnung, die der Reichstagspräsident am 10. Mai zur Vertagung brachte, bis zum 8. November erfolgt. Natürlich stellt der 8. November nur den frühesten Termin des Wiederzusammentritts dar. In der Tat wird denn auch geplant, den Reichstag erst später zusammenzubekommen. Ursprünglich war beabsichtigt, den Wiederzusammentritt am 15. November zu veranlassen. Da aber auf dem folgenden Tag, den 16. November, der Buß- und Betttag fällt, der die Reichstagsarbeiten sofort wieder unterbrechen würde, so ist anzunehmen, daß für den Wiederbeginn der parlamentarischen Session Dienstag, der 22. November, bestimmt wird.

Der Kaiser und der sozialdemokratische Parteitag. Bürgerliche Blätter melden: Ueber die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages in Magdeburg wird dem Kaiser laufend Bericht erstattet. Von einer der Parteitage besuchenden Vertrauensperson erhält das Kaiserministerium täglich mehrere Male einen Auszug aus den Verhandlungen. Fast wöchentlich werden diese Berichte unverzüglich dem Kaiser mitgeteilt. Am Tage erfolgt dies schriftlich-telegraphisch, den Nachmittags- und Abendberichten überdringt der kaiserliche Kurier. Es dürfte wenig bekannt sein, daß der Kaiser bisher gerade diesen Verhandlungen großes Interesse entgegengebracht hat und daß der Monarch wiederholt noch nachträglich in den Tageszeitungen die Verhandlungsberichte nachlas. Als Anfang der neunziger Jahre einmal der Kaiser aus den Tageszeitungen erfuhr, daß ein ihm über eine wichtige Angelegenheit erstatteter Bericht stark redigiert und frisiert war, wolle er seinem Unwillen hierüber nachdrücklich Ausdruck geben. — Ob es wahr ist?

Die große Polizeimacht, die nach Friedberg in Hessen einbezogen worden ist, um das Leben des Zaren und seiner Familie zu

schützen, und die bisher zur völligen Unzulänglichkeit beurteilt war, weiß sich weit und breit kein Mitschüler zeigen wollte, hat endlich Arbeit bekommen. Die Frankfurter „Kleine Presse“ berichtet über folgenden Zwischenfall aus Friedberg:

Am Donnerstag Abend machte am Eingang zur Burg in Friedberg ein baumlauner Mensch Rast und schimpfte sogar auf Wärdern. Plötzlich packte ihn die verdächtige Volkswacht von Frankfurt, Frankfurt und Deutschland. Er wehrte sich gegen die dreifache Polizeimacht und viel Volk sah dem Kampfe zu. Natürlich wurde er schließlich überwältigt.

Es sah ganz unvorstellbar ruffisch aus. Keine Kritik der Kaiserreden. Verbieten würde von der Polizei der Verkauf der Broschüre von Karl Schmidt: „Winkel und von Gottes Gnade.“

Die Verhandlung gegen Bruhn und Genossen. Die Unternehmung gegen den Herausgeber und die Redakteure der „Wahrheit“ — Gebhard Bruhn, Weber und Sommer — wurde nunmehr abgeschlossen, und die Verhandlung steht unmittelbar bevor. Das vorhandene Beweismaterial hat sich infolge neuer Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft und erneuter Beweisanträge seitens der Verteidigung außerordentlich gehäuft und die Ladung von über 70 Zeugen notwendig gemacht. Die Beweisaufnahme wird sich daher sehr langwierig gestalten. Voraussichtlich sind für die Verhandlung 14 Tage angelegt.

Die Trauben hängen zu hoch! Zu den mandatswunde gewordenen freiwirtschaftlichen Abgeordneten gehört auch der Vertreter von Sonneberg, Abg. Enders. Er will kein Mandat zum Reichstage wieder annehmen. Wenn er diesen lässlichen Wunsch nicht hätte, dann müßte er sich freilich nach einem anderen Wahlkreis umsehen, denn der Sieg in Sonneberg ist der Sozialdemokratie bei den kommenden Wahlen unter allen Umständen sicher.

Nationalliberal-freiwirtschaftliches Wahlbündnis im Rheinland. Zwischen den Vertrauensleuten der Nationalliberalen und der Freiwirtschaftlichen im Rheinland sind Verhandlungen im Gange, die auf ein Wahlbündnis für die ganze Rheinprovinz hinauslaufen.

Ausland

Vorrecht gegen Volkrecht.

Der Sieg der Arbeiterpartei bei der Wahl zum Bundesparlament hat Verfassungskämpfe nicht überflüssig gemacht. In den Einzelstaaten bestehen noch gealterte Rechte: „erste Kammer“, die zwar auch auf Grund der Männer- und Frauenwahlrecht, jedoch nach dem „Kensington“-System gewählt werden. Nun hat die Regierung von Südafrika eine Vorlage betreffs Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den jetzt bestehenden Rat eingebracht, die dieser aber mit 19 gegen 4 Stimmen ablehnte. In mehreren früheren Konflikten zwischen Volkstamm und „Oberhaus“ hatten die Regierungen (in Südafrika, Victoria, New South Wales, Tasmanien) die Entscheidung durch Volksabstimmung vorgeschlagen, aber die abgelehnten Väter haben das immer abgelehnt. Der Widerstand gegen den Volkswillen wird den Herren also durch andere Mittel ausgeübt werden müssen. Vielleicht muß auch der Buchstabe des Gesetzes dabei dem Volkswillen weichen.

Das Völkergemisch in Amerika.

New York hat seit 1900 um 1.329.681 Einwohner oder 38,7 Prozent zugenommen. Seine Einwohnerzahl beträgt nun 4,7 Millionen. Chicago, jetzt zwei Millionen Einwohner, rechnet damit, daß es in 20 Jahren, infolge des Vorstießes eines neuen Bevölkerungswachstums eine Bevölkerungszahl von 13 Millionen erreichen werde. Diese ungeheure Bevölkerungszunahme ist natürlich nur möglich durch die anhaltende Einwanderung, die ungefähr ein Drittel der Bevölkerungszunahme ausmacht. Das Verhältnis der Einwanderung zur Bevölkerungszunahme betrug in den Vereinigten Staaten:

Jahr	Einwanderung	Bevölkerungszunahme
1821-1830	4,4 Proz.	18,61-1870 24,2 Proz.
1831-1840	14,2	1871-1880 24,2
1841-1850	27,9	1881-1890 42,1
1851-1860	30,4	1891-1900 27,0

Wahrscheinlich ist es früher im wesentlichen aber nur Deutsche und Engländer waren, die nach Amerika wanderten, sind es heute Russen, Japaner, Galizier und Italiener, wogegen das deutsche und englische Element unter den Auswanderern immer mehr zurücktritt. Vom Jahre 1851-1905 bestanden sich unter der Gesamtimmigration in Amerika:

Jahr	Deutsche	Engländer	Russen	Italiener	Oesterreicher	Ungarn
1851-1860	917 770	1 298 552	21	8 668		
1861-1870	821 214	1 652 440	4 650	12 211	7 794	
1871-1880	7 182	984 850	52 254	55 702	72 169	
1881-1890	1 453 970	1 467 674	250 116	307 110	253 722	
1891-1900	305 152	639 887	505 290	651 893	593 707	
1901-1905	176 895	335 253	658 735	959 768	944 239	

Die Massenimmigration leben in diesen großen Zentren slawischer Elemente und in der gleichzeitigen Abnahme der deutschen und englischen Einwanderung eine große „Gefahr“ für Amerika. Wie sehr

viele Massenimmigration auf dem Seeweg sind, geht schon daraus hervor, daß nach einer Reihe von Jahren diese verschiedenen Massen selbst äußerlich kaum mehr zu unterscheiden sind; so haben Klima, Arbeit, Lebensweise, die Sitten u. w. geändert und gleichgemacht oder gleich Massenangehörige, je nach dem wirtschaftlichen oder sozialen Niveau, das sie erreichen, unterworfen. Ein amerikanischer Gelehrter hat sogar die Behauptung aufgestellt, die aus allen Massen gemischt amerikanische Rasse entwickle immer einen festen Typus, der den Ureinwohnern ganz ähnlich sei — den Indianern!

Gegen die Fleischwucherer. Die Vertretung der sozialistischen Landespartei in Nieder-Oesterreich kündigt für Sonntag, den 2. Oktober, große Massenversammlungen und Straßenumzüge an als Protest gegen den Brot- und Fleischwucher.

Der Kulturfortschritt in Ostasien. Die chinesische Regierung hat von der französischen eine nach modernstem System gebaute Guillotine bezogen. Die Nordmächte sind in der neuen Festung in Peking Dienst tun. Weit tiefer vom Geiste des Fortschritts erfüllt zeigt sich nach Gebühr die japanische Regierung. Um den sich widerständigen Bewohner der von China eroberten Insel Formosa auszukümmern, hat sie ein Netz von Drähten um die letzten Schilfwinkel der Inseln ziehen lassen, die immer enger herangehört und mit Elektrizität geladen werden. Am Ende sollen Ströme von mehreren tausend Volt den Rest des Widerstandes gegen die „Kultur“ mit seinen Trägern vernichten. Wohin wird uns der nächste Fortschritt bringen?

Der erste Luftvertrag. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Mexikos sind eben daran, einen Staatsvertrag abzuschließen, der die Luftrechte zwischen den beiden Staaten zwischen beiden Ländern zu regeln bestimmt ist. Es ist dies der erste Vertrag dieser Art und sein Entwurf stammt von dem mexikanischen Gesandten in Washington, Herrn de la F. rra. Nach dem Vertrag sind Luftfahrzeuge jeder Art, die die Grenze beider Staaten überfliegen wollen, dazu verpflichtet, diese Abfahrt vor dem Ausfliegen anzuzeigen, sodann an der Grenze niederzusetzen, um dort die Vorschriften der Zoll-, Sanitäts- und Auswanderungsämter zu erfüllen.

Der Vertrag, der bereits die Billigung der mexikanischen Regierung gefunden hat, wird voraussichtlich auch von den Vereinigten Staaten angenommen werden. Er dürfte bald in der Praxis sich erproben, da zwischen dem amerikanischen Staat Arizona und Mexiko große Luftschifflinien zum Warentransport geplant sind.

Arbeiterbewegung.

Zur Generalausperrung der Metallarbeiter.

In bürgerlichen Blättern wird ein Briefwechsel zwischen dem Generalsekretär des Verbandes Deutscher Metallarbeiter und dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß heute Montag Nachmittag um 5 Uhr in Berlin die Vertrauenskommission des Industriellenverbands mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes zu Verhandlungen zusammenkam. Die Verhandlungen haben den Zweck, eine Einigung über den Werftarbeiterstreik herbeizuführen und die Aussperrung der anderen Metallarbeiter zu verhindern.

Die Metallindustriellen sind bereits davon, den Beschlüssen des Verbandsausschusses Geltung zu verschaffen und den Arbeitern die Kündigung in Aussicht zu stellen. In den großen Breslauer Metallfabriken war am Sonnabend der betreffende Anschlag zu sehen.

Die Maschinenfabrik von Voith in Heidenheim (Württemberg) teilte dem Arbeiterausschuß mit, daß am 1. Oktober 600 Arbeitern gekündigt würde, damit sie am 8. Oktober entlassen werden können. Diese Maßnahme entspricht dem Beschlusse 60 Prozent der Arbeiter auszusperrten, denn die Firma beschäftigt etwas über 1000 Mann.

Daß sich die Metallarbeiter eine Aussperrung von 60 Prozent ihrer Mitglieder nicht ruhig gefallen lassen würden, dürfte wohl vorausgesetzt werden. So beschlossen denn auch die Metallarbeiter in Hannover, für den Fall, daß die Aussperrung der Arbeit vollständig niederzulegen, in den gesperrten Betrieben die Arbeit vollständig niederzulegen.

In Saalfeld a. S. wurde in 18 Metallwarenfabriken durch Anschlag die Aussperrung zum 8. Oktober angekündigt. Zwei große Firmen, die Mitteldeutschen Elektrizitätswerke und Bauhückerbach erklärten, an der Aussperrung sich nicht zu beteiligen.

Die Mohrin von Toledo.

Von Karl Spindler.

14

„Ah, mein lieber Leibarzt Gamed!“ begann Saib mit gesenktem Kopfe; „wie soll ich verfahren, was ich hier erlösen muß? — Bei Villalar gefangen, ein Zeuge von Pabillas Tode, den Königl. erst vor wenigen Tagen entpflanzten, hoffe ich in dieser Stadt den Thron der Freiheit noch aufgerichtet zu finden, noch bewahrt die Hand der Mächtig. Und was finde ich? Die Tore offen, das feindliche Lager leer, und die königlichen Fahnen wehen in den Straßen! Wo sind die Communitates? Wo ist die herrliche Witwe des Pabilla? Wo ist ihr Tod beweinen? Denn fürwahr nur als Leiche konnte sie zugehen, was hier geschah.“

Gamed erwiderte mit traurigem Kopfschütteln: „Ach, wäre sie geblieben, daß ihre Augen nicht gesehen hätten, wie der Unjand triumphiert, wie das schändliche Christenvolk seine Erde hält! Wir waren hart bedrängt; die Belagerer hatten uns Kriegsbedarf und Munition abgeholt; Kranke waren unter den Kriegern, und kaum konnten die Posten täglich abgelöst werden. Dennoch war der Mut in jeder Brust, die Kraft in jedem Arme unerschütterlich. Wir hätten alle den Tod lieber gewählt, als die Übergabe der Stadt. Da wurden die bösen Geister tätig, die in den Köpfen der Mächtige ihren Spieß trieben. Die Priester hatten nicht vergessen, daß Maria nach ihren Reichthümern die Hände ausstreckte; in ihren Freistunden und Beichtreden hielten sie das abergläubische Volk gegen die Heiden auf. Plötzlich wurde ihr Abfall von der gerechten Sache ruckbar. Der schlaue König hatte sie gewonnen, indem er den niederländischen Bischof, den er ihnen vorher gegeben, entsetzte, und an seine Stelle einen Kapläner vorordnete. Nun rief das Volk zum Aufbruch gegen Carlos Gewalt. Man schalt sie eine Heidin, und wie dem der schändliche Bergwunde niemals eine Gelegenheit verläßt, seinen Haß gegen uns, das unglückliche, zum Christentum gezwungene Volk zu offenbaren, so war auch hier seine Schwester das Ziel der niederländischen Verleumdung und Anklage. Jami sei der leidige Teufel, der die Priester von der Kanzel und dem Altar: — sie habe der Witwe Pabillas üppiges Wohlleben und die Krone herbeigeholt, und sich dagegen ganz Spanien verschreiben lassen. Die Mohrin sei der häßliche Geist des Abgrundes, der durch seine Jauberformen Furcht und Reich erweckt, die Kirche gelüftet, und alle Gläubigen an den Rand der Verderbnis gebracht habe. — Diese Worte fielen auf frucht-

baren Boden. Das Volk stand auf, einem reißenden Tiger gleich, und beehrte Jami Kopf.“

„Großer Gott! Meine unglückliche Schwester!“ rief Saib niedergebückt. „Gamed fuhr fort: Das edle Mädchen, so würdig des edlen Blutes, aus dem es stammt, wollte sich als freiwilliges Opfer hingeben, sich der Folter und dem Scheiterhaufen überliefern, um nur das Mädchen der Gebieterin zu retten. Da entfaltete Donna Maria die ganze Kraft ihrer großen Seele. „Geh ich zugebe“, rief sie, „daß die kranke Frau bin einem fürchterlichen Wahnsinn verfallen, sei das Wandgerüch, das mich und das Volk verurteilt; sei ab und tot der Schwur, der uns verknüpfte! Dem Unthun wehend, wie ich wieder meinen Kopf den Schergen des Königs bieten, damit ich Jami frei sei, die ich mehr als die eitle Gewalt zu Toledo, als selbst mein Leben liebe.“

„An diesen Worten erkenne ich die tugendhafte Frau, die wie ein beleuchteter Stern durch Spaniens Leidensnacht zucht!“ jubelte Saib mit freudetrübendem Auge. „Vollende geschwind, und sage mir, was aus der Herrin, was aus der Schwester geworden!“

„Wenig bleibt mir noch zu sagen“, versetzte der Greis. „Zwar entwarf meine Donna Marias Mut für einen Augenblick die Grausamkeit des Böbels; zwar bezweckte die weiterwendliche Menge mit leichtfertigen Jauchzen die Heiden und Jami vom Rathause in Pabillas Palast; aber trügerisch ist die Flut, und der Brand schimmert unter der Asche. In der verwichenen Nacht donnerten plötzlich Lärmstöße von den Wällen. „Stürzt her der Feind? Dem Feind entgegen!“ riefen alle Bürger, aus den Armen des Schlafes nach ihren Waffen eilend. „Und wer? Saib! Schon war der Feind in unserer Mitte. Aus dem feindlichen Gewölbe des Thoms war eine Schaar von Verdammten ausgehoben worden in die schlummernde Stadt. Die Kapittelherren hatten, im Verstande mit den Königl. die Mächtig, einen Löwen bestochen, die eingelassene Kette in der Kirche verankert, daselbst den König auszurufen, und den Bund von Afrika in Gann getan. Während nun die Verdammten eilten, den Belagerern die Pforten zu öffnen, drangen ihre Räubersöhne nach Pabillas Haus, um Maria, ihren Sohn und Jami zur Last zu bringen. Gott verleihe diesen Worten. Gamed hat seine weisagende Schwester die Gebieterin gewarnt, denn schon hatte sie sich nach dem Alcazar zurückgezogen, wohin ein ausserordentliches Geschick von Gekrüppel begleitet. — In dem alten Mohrenschloß, neu besetzt durch ihre Vorsicht, trost sie dem Parier des Königs; aber wie lange, und wie Not und Mangel werden sie zwingen, auch diesen letzten Zufluchtsort aufzugeben, wenn nicht die Franzosen in Eilmärschen heranziehen, um der Heiden das gezeigte Wort zu lösen.“

Saib sprach mit auf: „Traut dem Volke jenseits der Pyrenäen nicht! Seine Schätze sind falsch, und leichtsinnig seine Vergehungen. Zudem hat in Navarra Don Carlos die Oberhand, und ich höre mit ohnmächtigem Getöse die Freudenstöße der Königl. die ein Fest begingen, weil die Heiden sich in ihre Grenzen zurückgezogen. Güter Gamed! Die gerechte Sache ist verloren. Unselbes Volkes Hoffnungen, die sich auf die neuwachsende Freiheit gründeten, sind dahin. Wir, die Abkömmlinge der edlen Mauren, werden Knechte sein, wie zuvor, und ich, eines Rastens Entel, werde Dir dankbar sein müssen, wenn Du mich an Deinen Werkstube Arbeit, an Deinem Tisch Brot finden lässest. Verwünschte Zeit! Einiges Geschick, dem ich nicht länger weichen will! Sterben ist rühmlicher, als Leben in den Fesseln des Königs und des Glaubensgerichts. Gib mir ein Mittel an, zeige mir einen Pfad, der mich ins Schloß führt! Dort ist meine Stelle; für meine Schwester, für meine Freiheit will ich fallen, und für das zehrende Weib, welches ich unglücklich liebe, ob ich gleich nur einmal in den Strahl seines Auges geschaut.“

„Wie willst Du zu dem Schloß gelangen?“ fragte Gamed mit sanfter Warnungstimme. „Die Burg ist hart umschlossen, und Francisco der Ueberläufer, der zuerst in unsere Mauern drang, bewahrt jeden Ausgang, wie der eifrige Jäger das Laqer seines Wildes.“

„Francisco?“ rief Saib zürnend. „Dieser Feinde hier? Es war es, der den großen Pabilla betriet! Unter der Carpe der Freundschaft kam er in des Landeshauptmanns Lager, nahm Teil an seinen Plänen, und verlor sie ihm — der Ueberläufer — in die Sümpfe von Villalar, wo er zum Feinde überging, und an dessen Spitze seinen Freund in Ketten schlug. Ich habe diesem Schurken Rache geschworen; und wenn im Himmel ein strenger Engel den Eid gerechter Vergeltung hört, so werde ich noch Gerechtigkeit finden, mich in dem Blute des Verräthers zu baden, ob das meinige verströmt. — Seine Furchen schneiden mich übrigens nicht. Ich klettere wie eine Rahe, und weiß auf den Klippen von Alcazar eine Stelle, unfern vom Turme, wo ein ein Abberahmans Liebeschloß schmückte, wo ich Eingang finden werde. Zudem habe ich hier noch ein geringes Werk zu vollbringen, und somit las ich mich scheiden, wackerer, alter Gamed. Wenn der Abend sinkt, und Du im beschworenen Winkel Dein letztes Gebet zum Herrn und seinen Propheten vertrittest, so denke mein, und empfehle mich dem rührenden Engel Gabriel. — Gienteden sehen wir uns wohl nicht wieder!“

Mit einer Krone im Auge entfloß Saib vom Hause und weinend sah ihm Gamed nach, bis er um die Ecke verschwand.

(Fortsetzung folgt)

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 26. September:
Öffentliche Versammlung der Gutmacher im großen Saal.
Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Uhrzeit: 8 1/2, 9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung, District- und Bezirksführer!
Montag, den 26. September, Abends 8 Uhr, in den District-
lokalen Abrechnung der Bezirksführer. Die Kontrollanten und
die amtierenden Vertrauensleute sind mitzubringen.

**Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)
Neumarkt.**

Land-District 5 (Bezirk Gattleb, Stettendorf und
Kleinburg). Donnerstag, den 20. September, Abends 8 Uhr, bei
Nebel in Gattleb: Mitgliederversammlung. Tagesordnung:
Die Abstammung des Menschen. Referent ist an-
wesend.

Schweidnitz. Sozialdemokratischer Wahlverein. Mitt-
woch, den 28. September, Abends 8 1/4 Uhr: Mit-
gliederversammlung im „Goldenen Becker“. Unter anderem: Be-
richt vom Parteitag.

Schmiedeberg i. N. Gewerkschaftskartei. Donners-
tag, den 20. September, Abends Punkt 8 Uhr:
Konbinerte Kartellung in den „Drei Kronen“. Tagesordnung:
1. Bericht und Beschlussfassung in der Lokalangelegenheit. 2. Ver-
schiedene Eingänge. 3. Verschiedenes. Gewerkschaftsvorstände sind
hiermit eingeladen.

Sirchberg. Wahlverein. Dienstag, den 27. Sep-
tember, Abends pünktlich 8 1/4 Uhr: Mitglieder-
versammlung in der „Andreaschente“. Wichtige Tagesordnung.

Siegnitz. Wahlverein. Freitag, den 30. September,
Abends 8 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus. Vor-
trag des Genossen Ober-Breslau über den internationalen Kongress
in Kopenhagen.

Sohnau. Öffentliche Versammlung. Montag, den
26. d. Mts., Abends 8 Uhr, in der „Hoffnung“. Tages-
ordnung: Unsere Stadtverordnetenwahlen vor dem Bezirks-
Rat. Ref.: Gen. Rieger und Schlich.

Wautitz. Allgemeine Versammlung. Dienstag, den
27. September, Abends 8 Uhr, in Sorge's Brauerei.
Tagesordnung: 1. Durch was wird die Fleisch- und Lebens-
mittelsteuerung hervorgerufen. Referent: Reichstagsabgeordneter
Genosse Stoessel-Bromberg. 2. Freie Aussprache.

Am 23. d. Mts. starb nach kurzem schwerem Leiden
unser werter Genosse, der **Töpfer**

Arthur Juraschek

im Alter von 21 Jahren 6 Monaten. 4777

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Am 23. d. Mts. verstarb nach kurzem Leiden unser wertos
Mitglied, der **Töpfer** 4776

Arthur Juraschek

im Alter von 21 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Töpfer.
(Zahlstelle Breslau.)

Todes-Anzeige!

Am 23. d. Mts. verstarb an Lungentuberkulose die Frau
unseres Verbandskollegen **Frau Krischer** 4775

Frau Martha Krischer geb. Tilgner

im blühenden Alter von 31 Jahren. — Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder des Zentral-Verbandes der hausgewerbli. Hilfe-
arbeiter Deutschlands, Zweigverein Breslau und Umgegend.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 2 Uhr, von der
Leichenhalle Salvator.

Stadt-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr:
„Mignon“.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Cavalleria rusticana“.
„Bohème“.
Lang-Dibertissement.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Der Barbier von Sevilla“.
„Die schöne Galathee“.

Lobe-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr:
„Der Graf von Arzemburg“.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Wenn der junge Wein blüht“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Die geschiedene Frau“.

Tulla-Theater.

Dienstag 7 1/2 Uhr:
Gruppe A, 2. Vorstellung:
„Der Sibirer“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Gruppe B, 2. Vorstellung:
„Der Sibirer“.
Aussertausch am Tage der Vorstellung
von 10—2 Uhr im Stadt-Theater und an
der Abendkasse.

Schauspielhaus

Montag, Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend 8 Uhr:
„Die kaiserliche Kaiserin“.
Mittwoch 8 Uhr:
„Der Kaiser“.

Liebig's Etablissement

Sylvester Schäffer Jr.
Walter Steiner,
Lilly Walter-Schreiber
etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater

Stürme von Götterzeit
erschließt die Götterwelt.
„Zu früh gejubelt“
mit Grete Gallos und
Robert Kessmann.
Außerdem das verteilte Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr. **Das
Sonst** Wochentags gültig.

Zeltgarten

Dir.: H. Krainik.
Fortsetzung
der im Zirkus aufgeführten
Ringkampf-
Konkurrenz.
Außerdem das
günstige Programm.

Palmengarten.

Dir.: H. Krainik.
Die wunderbar
neue **Wandkoloration**
Original-
Palmengarten.
auf man gehen haben.
2 Kapellen.
Entree frei. **Das
Sonst** Wochentags gültig.

P. P.

Um Irrtümern vorzubeugen, zeige ich hiermit an, dass ich unter
der Firma

Max Hübner, Biergrosshandlung

Tel. 2244 Breslau VI, Friedrich-Wilhelmstr. 45 Tel. 2244
einen Vorlag für 4288

**Kulmbacher Bier von Konrad Kissling
Echt Grätzer, Engl. Porter und Pale Ale
sowie Deutschem Porter-Bier**

eröffnen werde Für das mir unter meiner alten Firma bisher erwiesene Vertrauen
bestens dankend, bitte ich, auch mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu
wollen und sichere stets prompteste Bedienung zu. Hochachtungsvoll

Max Hübner

bisher Inhaber der Firma **Bierverlag Aug. Mende, Friedrich-Wilhelmstrasse 45.**

Preiswerte Neuheiten

von der
Leipziger Messe

in 4803

**Galanterie-, Luxus- u. Lederwaren
Puppen und Spielwaren**

treffen fast täglich ein.

Gebr. J. Benjamin

Schmiedebrücke 29a im früh. Panstet'schen
Kaufhause.
2. Geschäft: Sandstrasse 12, am Ritterplatz.

Am 24. d. Mts. entschlief sanft nach kurzem Leiden unser
guter Vater 4781

Emil Neugebauer

im Alter von 63 Jahren.

Dies zeigen schmerz erfüllt an

Die trauernden Kinder.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause
Kohlenstrasse 9 nach Oswitz.

Schirmnäherinnen

gegen beste Bezahlung und Extra-Prämien per sofort gesucht.
A. Ehrmann & Co., Schweidnitzerstr. 38/40. 4707

Bergstrasse 25, 27, 28

freundliche Wohnungen Mt. 14.50, 15.—, 15.50, 16.50, 17.20, 17.50,
18.20 per halb zu vermieten. Näheres daselbst. 4779

Pönelwitzstr. 12 Barriere-Behaltung
MT. 12 vermietet
per sofort zu vermieten. 4780

Herren - Anzüge
Elegante
K. Kusl. 18.—, Seilen 3.50, 4.—, vert.
Antonienstraße 28, 1. Etg. [4747

Gut möbl. 2st. Vorber-Stimmer
für 4 wöchentlich zu vermieten Spitzstraße
Nr. 65, part. links. 4782

Gelegenheits-Käufe

lang gearbeiteten
neuen und
gebrauchten
Möbeln

Bestellen in Matr. u. Rifen 25 Mt.,
Schrank 24 Mt., Tischplatte 28 Mt.,
Glas u. Kuchbaum-Ginicht. Spottbillig.

Bequemste Teilzahlung

Max Giesel,
Brüderstr. 5, part. u. 1. Etg.

Damen - Filzhüte

Filzhut-
billigst direkt in der Fabrik
Freund & Krebs, 4520
Neue Graupenstrasse 11, Hof.
Filzhüte werden modernisiert.

Wir empfehlen:

Tod
der
Todesstrafe!

von J. Stern.

Preis der Verbandsausgabe

20 Pfg.

Buchhdlg. Volkswacht.

Wir
empfehlen:

**Der
dumme Teufel**

Die Katastrophe
der
Zentrumspolitik.

Preis 20 Pfg.

Buchhandlung
„Volkswacht“.

**Rechte u. Pflichten
des Mieters**

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipinski.

Preis pro Exempl. 20 Pfennige.

Die Broschüre ist sachkundig
auf Grund der Motive und der
Denkschrift zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
wichtiges Führer durch das Miets-
recht.
Buchhandlung Volkswacht.

Hygienische
Artikel u. Gummiwaren
Frau Neugebauer, Graupenstr. 5

Feuerversicherung

sowie Lebensversicherung auch
für Kinder, vermittelt 1744

Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Gut jagende Iltis-Frettchen,

Stück 6 Mark, sind zu verkaufen bei
P. Kirehner in Wolken Nr. 35
bei Freiburg. [4654

Anzüge

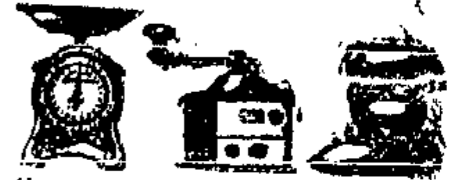
reelle Stoffe, spottbillig
Schmiedebrücke 28, I.
Zur Herstellung von Zigarren empfiehlt
alle Sorten [4248

Rohtabake,

feiner
Zigarren eigenen Fabrikats
und Zigaretten,
für Händler billige Preise

Johannes Kubis

Greifenaustraße 17
Ede Lehmann.



Haus- u. Küchengeräte

emailierte u. Kochgeschirre
aus feineren
Solinger Stahlwaren
Liefere in bekannter Güte
zu billigsten Preisen [4604

Gebrüder Friedrich

Breslau, Schmiedebrücke 24.

Von Donnerstag, den 29. September
bis Montag, den 3. Oktober

4 ganz aussergewöhnlich billige
Verkaufstage in den Abteilungen für

**Gardinen
Teppiche
Bettstellen**

**10% Kassa- 10%
Rabatt**

J. Mamlok

Kupferschmiedestrasse 42. 4778

Wer seine Zeitung pünktlich haben will,

muß eines in erster Linie beachten: Die genaue An-
setzung Wohnung! Wer nun am 1. Oktober vergißt, tut
gut daran, folgenden Schein genau auszufüllen und der Zeitungs-
frau mitzugeben:

Bisherige Wohnung: _____

Wo wohnen Sie nach dem 1. Oktober? _____

Vor allen Dingen vergesse man nicht, seinen Vor- und
namen auf die folgende Linie zu setzen:

Wer dies tut, erhält pünktlich seine Zeitung in die neue
Wohnung.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. September.

Geschichtskalender.

27. September.

- 1825 Die erste Eisenbahn zwischen Stockton und Darlington in England für den öffentlichen Verkehr eröffnet.
- 1882 Der Philosoph Karl Christian Friedrich Krause in München †.
- 1852 Der Hilarische Volk Dierken in Madurai am Indus †.

Landtagswahl in Breslau.

Die Proklamation des Wahltermins für die Landtagswahl in Breslau-Stadt erfolgte am Sonnabend Abend in der Volksversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei im Konzerthause. Dort konnte Herr Heilberg mitteilen, daß die Wahlmänner-Ersatzwahl am Montag, den 21. November, und die Abgeordnetenwahl für den verstorbenen Abgeordneten Biskop am Dienstag, den 6. Dezember 1910, stattfinden.

Die komplizierten Wahlarbeiten für diese Wahlen werden sich also nicht zwischen die Stadtverordnetenwahl-Agitation schieben und von unserer Organisation eine erhebliche Kraftanstrengung erfordern. Je prompter deshalb gegenwärtig die erste Werbearbeit für die Wähler verichtet wird, um so mehr Zeit bleibt für die Landtagswahlarbeit.

Fortschrittliche Versammlung.

Aus Anlaß ihres ersten schlesischen Parteitag, der am Sonntag hinter verschlossenen Türen stattfand, hielt die Fortschrittliche Volkspartei am Sonnabend Abend eine Versammlung im großen Konzerthaus ab, die gut besucht war; wie sich in der Diskussion herausstellte, auch von Anhängern der demokratischen Vereinigung und einigen Sozialdemokraten. Als erster Redner nahm Geheimrat Büchtemann, Reichstagsabgeordneter für Jauer-Vollstein, das Wort, um in dreiviertelstündigem sachlichem Vortrage die politischen Ereignisse des letzten Jahres zu besprechen und die Unzulänglichkeit und Weltfremdheit des parlamentarischen Regimes zu gliedern. In der Finanzreform, in der Wahlrechtsfrage, in dem Streit um die Vorwärts-Engpassfrage, bei der Fleischsteuerung, überall hat Völkemann Anlaß gegeben, zu wünschen, daß er lieber als Diogenes in der Tonne philosophische Betrachtungen anstelle, statt staatsmännische Aufgaben zu erledigen. Gegen Ende seiner Ausführungen gab Herr Büchtemann der Meinung Ausdruck, daß sich die Positionen auf die Spaltung der Sozialdemokratie auch in Magdeburg als illusorisch erweisen haben und diese Partei den Wahlkampf ernst und geschlossen vollziehen würde. Diese Ansicht wurde ihm aus dem Hintergrunde mit einem „Zehr richtig“ quittiert.

Der zweite Redner, Abgeordneter Uhl, wandte sich nach einigen polemischen Spitzen gegen die Sozialdemokratie und einer verärgerten Verteidigung des Blocks der Kaiserrede zu, die er in ihren einzelnen Sätzen nach der historischen und wirtschaftspolitischen Seite treffend zergliederte und widerlegte. Wenn sich alle Monarchen als „Instrumente des Himmels“ ansehen würde man sehr bald einsehen, daß es unbrauchbare Instrumente gäbe, und dann ist man auf dem alten Fleck. Nachdem Redner den Satz betreffend die Frauenfrage widerlegt und auf die großen Reichstagsdebatten im November 1908 verwiesen hatte, gab er seiner Meinung dahin Ausdruck, daß er dem Block keine Träne nachweine und es für gut hielt, daß er zerfiel.

In der Diskussion machten sich sofort die Anhänger der jungen demokratischen Vereinigung mit ihrer Kampfeslust bemerkbar. Herr Kaufmann Siegling meinte, daß sich der Freisinn mit seiner Blockierungsfähigkeit nicht rühmen könne, und daß die Blockfesseln es gewesen sei, die ihn gehindert habe, die Auswüchse des persönlichen Regiments nach der Verfassung der Englandbriefe sofort zu beschneiden. Der Liberalismus werde all die schönen Worte von Fortschritt und Freiheit erst verwirklichen können, wenn er die Zweifrontentheorie aufgibt und sich mit der radikalen Linken zum Kampfe gegen Junker und Pfaffen zusammenschließt. Diesen Worten folgte demonstrativer Beifall bei einem Teile der Versammlung. Ein zweiter demokratischer Redner unterstrich die letzte Forderung Sieglings mit besonderem Hinweis auf die bevorstehende Landtagswahl. Uhlmann trat, was in freisinnigen Versammlungen immerhin noch zu den Seltenheiten gehört, eine Frau in die Arena, ob

dieses Mutes von der Versammlung mit Beifall begrüßt. Frau Marie Wegner gab ihrer Verleibung über die Verleibung ihrer Geschlechtsorgane in Neben und Fesseln reichen Ausdruck, meldete aber an, daß der Freisinn den Frauen im Staate, Kommunen und Parteioorganisationen noch mancherlei schuldig sei und leider keine „volle Kraft“ dem erreichbaren Ziele der Frauenbewegung noch nicht zur Verfügung stelle. Nachdem noch ein Historiker comme il faut den Begriff des „Gottesgnadentums“ auf den Sozialdemokraten genommen und als inwendig hohl demonstriert hatte, hielt sich ein junger Mann unbekanntem Namens über die „beiden Sozialdemokraten“ auf, die gesprochen haben sollten, und machte abgelesene Bemerkungen über die nur neugierige Tätigkeit der Sozialdemokratie, die bekanntlich schon Bismarck gegen Eugen Richter zu Tode geritten hat. Das veranlaßte den als Verleibter anwesenden Genossen Löbe zu erklären, daß hier kein Sozialdemokrat gesprochen habe und auch keiner sprechen werde, solange nur „liberale Wähler“ eingeladen würden. Herr Heilberg erwiderte, daß es schade sei, daß nicht die Sozialdemokraten ihre Versammlung „durch die Macht ihrer Mäuler, Hände und Füße terrorisieren“ und rein sozialdemokratische Reden gehalten würden. Genosse Löbe fragte, wann das in Breslau geschehen sei, ihm sei aus den letzten 12 Jahren kein solches Vorkommnis bekannt. Darauf referierte Herr Heilberg in die graue Vorzeit einer Kopsch-Versammlung im Schießwerder, an deren Jahresringe sich weder er noch ein anderes Mitglied der Versammlung zu erinnern schien. Genosse Löbe nagelte ihn nunmehr dadurch fest, daß er doch nachher in Kopsch kam und bei den Landtagswahlen mit Sozialdemokraten gemeinschaftliche Versammlungen abgehalten habe, daß Sozialdemokraten unter Achtung der parlamentarischen Ordnung in der „sozialen Reform“ und bei den Demokraten debattiert habe und daß der freisinnige Parteisekretär Müller auch in konventionellen Versammlungen gehe, um freisinnige Reden zu halten. Ueber dieses Beweismaterial vollgierte der Vorsitzende hinweg, indem er die Geschichte von der fehlenden Erziehung einfach wiederholte.

Nach diesen ethisch-ästhetischen Proklamationen hätte man allerdings ein anderes Verhalten des Referenten im Schlußwort erwarten können. Schon Herr Rechtsanwalt Frankenstein hatte mit demuziatorischem Geschmack darauf verwiesen, daß die demokratischen Redner von sozialdemokratischen nicht zu unterscheiden seien und bemühte als Fundament für diese Feststellung die politische Unbildung des oben erwähnten jugendlichen Versammlungsvredners. Herr Uhl erwähnte im Schlußwort die Sozialdemokratie vernünftigerweise gar nicht, befaßte sich aber den demokratischen Debatanten gegenüber so persönlich gefällig, wie es ein Mann seiner Bildung und seines Rufes nicht nötig gehabt hätte. Er benutzte sein Schlußwort weniger dazu, um sachlich zu widerlegen, als um geschickt vor Erwidrerung die Intelligenz und die Ehrlichkeit der Vorkredner zu verunglimpfen und sie so der Lächerlichkeit der unüberlegten Versammlungsnehmer preiszugeben. Da aber die weitblickende Mehrheit der Versammlung das Unnütze dieses Verfahrens merkte, hat er sich um den Eindruck seiner ersten Rede, seinen Breslauer Parteigenossen um den Erfolg der Versammlung gebracht. So — Herr Uhl — darf man vor kritischen Zuhörern nicht ungestraft polemisieren. Uns schien es, als ob das auch viele Liberale fühlten.

Der erste Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei Schlesiens

wurde Sonntag Vormittag bei Beteiligung von 170 Delegierten im Konzerthause eröffnet. Die Verhandlungen wurden von dem Vorsitzenden des Provinzialverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei Justizrat Heilberg geleitet. Er hielt sodann die Erklärungen willkommen, namentlich die Abgeordneten Dr. Uhl, Siegling, Fischer, Büchtemann, Wagner und Doormann, sowie den Abgeordneten für Breslau-West Geheimrat Fiedler. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß man nicht nur in Niederschlesien, sondern auch im Laufe der Zeit einzelne Wahlkreise in Mittel- und Oberschlesien erringen werde und gedachte er der vorbereiteten Parteimitglieder, vor allem des Abg. Dr. Herms, der Jahrzehnte hindurch den Wahlkreis Landeshut-Jauer-Vollstein vertreten hat. Durch die Nachwahl mit dem Siege des Gebr. Büchtemann ist der Beweis erbracht worden, daß der Kreis nicht nur mit dem Namen Herms verknüpft gewesen ist; er wird hoffentlich auch in aller Zukunft der Fortschrittlichen Volkspartei erhalten bleiben. Weiterhin erstattete Redner Bericht über die politische Lage. Er erwähnte die Einigungsverhandlungen, die zum Zusammenhau der linksliberalen Parteien geführt haben. Die sachlichen Kämpfe, die zwischen den Parteien stattgefunden hatten, sind nunmehr beendet,

Weiter hob Redner hervor, daß die Fortschrittspartei jetzt im scharfen Gegensatz zu ihrer Regierung steht. So wie jetzt die Regierung zusammengesetzt ist, ist sie jedem liberalen Gedanken und liberaler Blinlichkeit abhold. Die Verwirklichung des Kampfes, das eine Reaktion auf politischen und wirtschaftlichem Gebiete nicht beabsichtigt sei, belage gar nichts, denn die Reaktion sei bereits vorhanden. Die Liberalen werden sich deshalb nicht einlassen lassen und werden die Sammelkassette des Reichers nicht mitmachen. Nicht die Schuld der Liberalen ist es, wenn der politische Kampf schärfere Formen angenommen hat. Sie können sich auch nicht mit der Fiktion begnügen, daß der Monarch über den politischen Parteien steht, wenn diese Fiktion im Gegensatz zu den Tatsachen steht. Wenn die Krone dieses Recht beansprucht, muß sie auch über den Parteien stehen. Wir können das nur solange respektieren, solange die Krone entsprechend handelt. Redner behandelte dann ausführlich die Verhältnisse in Schlesien, wie sie sich bei den nächsten Wahlen gestalten werden. Er betonte, daß die Liberalen nicht mit dem Zentrum und den Konservativen nicht zusammengehen werden, auch nicht, wenn es heißt, gegen die Sozialdemokratie anzukämpfen. Die Hauptaufgabe sei für die nächsten Wahlen energetische Arbeit für den ersten Wahlgang. Wie sich die Verhältnisse bei den Stichwahlen gestalten werden, bleibt weiterer Beratung vorbehalten. Weiter behandelte Redner die Stellungnahme der Partei zu den Nationalliberalen. Diese Frage wurde in der nachfolgenden Diskussion besonders eingehend erörtert. In diesem Thema äußerten sich Dr. Heilberg, Breslauer Rechtsanwalt Dr. Sommer-Görlich, die Abg. Kopsch, und Dr. Uhl, Feiler, Kienig, Justizrat Hein-Breslau, Abg. Uhl und Justizrat Heilberg. Der Gedanke eines Großblocks wurde von der Mehrzahl der Redner verworfen. Abg. Uhl betonte, daß das Vertrauen der Arbeiter, namentlich der gewerkschaftlichen Arbeiter zur Sozialdemokratie etwas erschüttert sei und wies darauf hin, daß die Revisionisten unter den Sozialdemokraten die Liberalen zum großen Teil noch unfeiner bekämpfen, als die radikalen Elemente. Justizrat Heilberg war der Ansicht, daß die Liberalen Kritik doch auf die bestehenden Gegensätze zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie hinweisen werden müssen. Damit war die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung erschöpft. Es wurde nun in die Berichterstattung der Parteiführer aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen der Provinz eingetreten. Weiterhin wurde eine eingegangene Anfrage über die Stellungnahme zu einer Reform des Arbeitsrechts eingehend erörtert. Nach längerer Debatte gelangte sodann Entschluß zur Annahme: „Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Schlesien steht dem von unserem Parteifreund Uhl-Frankfurt angeregten Gedanken einer Reform des Arbeitsrechts sympathisch gegenüber und hält es deshalb für zweckmäßig, daß die auf dem Delegiertentage der Gewerkschaften in Anknüpfung an dieses Referat aufgestellten Grundzüge sobald als möglich von Parteimitteln eine eingehende Erörterung erfahren.“

Weiterhin referierte Herr Alfred Wilschowsky-Preßlau, über Organisation, Propaganda, Parteisekretariate. Im Laufe der sich anschließenden Debatte wurde die Fühlungnahme mit Berufsorganisationen eingehend erörtert. Es gelangte hierzu folgende Entschlußfassung, eingebracht vom Referenten, zur Annahme:

„Der schlesische Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei nimmt dankend Kenntnis von den Berichten über die Tätigkeit der Parteisekretariate, auch soweit sich diese auf innere Fühlungnahme mit Berufsorganisationen erstreckt hat. Er wünscht, daß dieser Weg innegehalten wird unter völliger bedingungsloser Wahrhaftigkeit und Selbstständigkeit unserer Partei, deren Programm Interessenausgleich und nicht die Bevorzugung einzelner Gruppen der Bevölkerung anstrebt.“

Demit hatten die Verhandlungen des ersten Parteitages der Fortschrittlichen Volkspartei gegen 3 1/2 Uhr ihr Ende erreicht. Die Tagung wurde mit einer kurzen Ansprache des Justizrats Heilberg geschlossen.

Ein Jahr Gefängnis.

Nachdem Genosse Albert in letzter Zeit von den Breslauer Richtern bereits mit acht Monaten Gefängnis bestraft worden war, hatte er sich, wie bereits gemeldet, am Sonnabend abends vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten und wurde wegen Verleibung der Breslauer Staatsanwaltschaft und Verletzung der Breslauer Polizei zu weiteren vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Vor Eintritt in die Verhandlung schützte der Angeklagte die ganze erste Strafkammer wegen Besonnenheit ab. Den gleichen Verdacht der Besonnenheit sprach

Breslauer Schauspielhaus.

Zum ersten Male:

„Die leuchtende Einsame“

Operette in 3 Akten nach dem Französischen von G. Monrokovsky, Musik von Jean Gilbert.

Vor etwa zwölf Jahren hat derselbe Komponist, der trotz seines französisch klingenden Namens ein guter Deutscher ist, im jetzigen Gewerkschaftshaus auf der Margaretenstraße ein reizendes Vaudeville aufführen lassen: „Das Jungfernstück“ und damit einen sehr hübschen Erfolg gehabt. Dieser Erfolg scheint sich bei seinem neuen Opus erneuern zu wollen, obgleich dieses lediglich wie musikalisch schwächer ist. Gilbert ist bestimmt ein Künstler mit fruchtbareren musikalischen Ideen und einem ausgeprägten Sinn für das Gekitzte. Auch in dem neuen Werk verstand er es, nach französischem Muster zu instrumentieren, da werden finden sich aber damals Stellen, die auch äußerlich eine merkwürdige Unschönheit, namentlich in Ueberzügen, zeigen. Auch läßt es sich der Komponist entgehen, wirksame Finales aufzubauen, eine Kunst, welche anscheinend nur den Allmeistern Strauss, Millöcker, Suppe und Lecocq gegeben ist. Was ihm fehlt, ist die Selbstkritik; er ist durchaus nicht wählweise in dem, was er niederschreibt, und die Musik lehnt sich jeden Augenblick an irgend etwas Unbekanntes an. Daß die Tanzrhythmen aufsehr in den Vordergrund treten und den Darstellern choreographische Aufgaben bis zur totalen Atemlosigkeit zusetzen, liegt — leider! — im Zuge der Zeit. Früher waren die Erfolge ohne dieses Zubehör nachhaltiger. Einige Nummern sind dem Komponisten recht gut gelungen, und das statisch gefüllte Haus ließ sich diese auch wiederholt vorführen; sobald aber Herr Gilbert die geschlossene Form verläßt, stottert er manchmal einen musikalischen Dialog von bedenklicher Schräglage. Ganz ähnlich steht es um das Textbuch. Während sich mitunter recht schön gereimte Verse hören lassen, muß man ganze Strophen mit dem absonderlichsten Einfällen über sich ergehen lassen. Der Dialog weicht fast durchweg eine wirksame Drollerei auf, ohne indessen in Idee und Handlung irgendwo Neues zu bieten. Daß die „leuchtende Einsame“ alles andere eher ist als leuchtend, erscheint bei der Bearbeitung eines französischen Stoffes als ganz selbstverständlich.

Für den Erfolg mag sich der Komponist bei den Darstellern bedenken: es ist selten im Schauspielhaus so fest und flott gespielt worden, wie am Sonntag. Unter den aufmerksamen Leitung des Herrn Stalla ging alles wie am Schnürchen. Die Damen Grefsin und Wagner boten alle ihre mus-

kalischen und Toilettenkünste auf, um Auge und Ohr der Hörer gleichmäßig zu befriedigen, und Fräulein Genrich brachte es fertig, in einer fast stummen Rolle durch ihre Figur, Grazie und andere sympathische Neuartigkeiten die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Gut am Platze war auch Frau Guder als komische Mutter. Fräulein Wallach hätte ihre winzige Rolle wenigstens lernen können, wenn sie sie auch schon nicht spielen kann. Von den Herren war der Tenor, Herr Döberner, neu. Er besitzt eine recht angenehme Stimme und auch die nötige musikalische Sicherheit, auch bewegt er sich gewandt. Nur wird sich der Künstler mit der Musik des Hauses vertraut machen und alles unnötige Fortsetzen des Organs meiden müssen. Weislich verleierte auch das zu laute Orchester Chor und Solisten zu unheimlichem Schreien. Sehr komisch war Herr Heidemann in einer großen und gar nicht leichten schillernden Nebenrolle, während Herr Lenk einen weniger schillernden Nebenhaber mit viel Distinktion und Humor gab. In komischen Partien hatten auch die Herren Neßl und Krüger bloß Lächer auf ihrer Seite. Eine köstliche Charge lieferte wieder Herr Klapproth als Kellner. Die Ausstattung war pompös.

Das lebhaft entzürte Haus applaudierte sehr viel und rief den anwesenden Komponisten nach dem zweiten Akt wiederholt auf die Szene.

Aus aller Welt.

Das Befinden des Luftfliegers Chaves. Vom Simplonflug Chaves werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Chaves schraubte sich viermal auf eine Höhe von 1600 Metern, ging wiederum über den Hoßberg und überflog mit dem Wind den Kain, flog dann aber etwa beim Dorfe Simplon auf starren Gegenwind. Er bog dann gegen den Monarchabhang ab und besand sich über Domodossola noch immer auf 2000 Meter Höhe. Daher überflog er den Landungsplatz trotz aller Signale, die ihm gegeben wurden. Als er dann in forcierter Weise die vorgesehene Landung erzwang, geschah das Unglück. Außer schweren Körperverletzungen erlitt er einen Nervenschlag. Die Herzgehirnkräfte, daß Chaves lahm bleiben werde. Von allen Seiten aus der ganzen Welt reffen Glückwünsche und Beileidstelegramme an Chaves ein. Allen Fragen gegenüber bleibt Chaves teilnahmslos und kann sich an nichts mehr erinnern. Immer lauter wird der Ruf nach Ausbruch vernehmen, es sei ihm für den Flug der ausgelegte Preis von 100.000 Mk. zu erteilen.

Wie aus Domodossola berichtet wird, hat der Turiner Professor Dr. Carlo den Aviatiker Chaves untersucht. Das letzte Bulletin lautet befriedigender, das Allgemeinbefinden sei ein gutes, die

Stimmung des Patienten eine vorzügliche. Die Wundschläge seien etwas erhellt, die Wundbrüche machen dem Verletzten keine allzu großen Schmerzen, es sind jedoch leichte Anzeichen von Fieber vorhanden.

Die Mailänder Luftschiffahrtsgesellschaft hat Schritte unternommen, um einen besonderen Preis von 50.000 Francs zu schaffen, der dem Aviatiker Chaves für seinen Flug über die Alpen dargeboten werden soll. Kommandant Vobigian, Vorsitzender des Luftschiffahrtskomitees, hat bereits 5000 Francs gezehnet.

Die Cholera in Ungarn. Die Cholera gewinnt ununterbrochen an Ausdehnung. Die Erkrankungen in der Provinz sind bedenklich in der Zunahme begriffen, besonders in Mohacs, aber auch in Budapest selbst wehren sich die reichlichen Erkrankungen. Die Behörden haben die Verwendung des Donauwassers für jeden Gebrauch untersagt und beabsichtigen die Aufstellung eines Militärkorps an den Donau-Ufern.

Grubenunglück. In den Kupferbergwerken von Bedvarius wurden durch die vorzeitige Explosion einer Sprengmine zwei Arbeiter getötet und eine größere Anzahl mehr oder minder schwer verletzt.

Ein Raufender. In einem Anfall von Raserei schlug sich in Klona der Kesselreiner Sprecher in der Wohnung von Bekannten auf zwei Personen und brachte ihnen mit einem Messer mehrere aber nicht lebensgefährliche Wunden bei. Dann schritt er sich über Hals, Arme und Brust und sprang schließlich aus dem Fenster der ersten Etage. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus geschafft.

Unglücklicher Schuß. Einen unglücklichen Schuß gab ein Wädrer in Frankfurt a. M. ab. Er war im Begriff, mit einem Floret auf Matten zu schießen, als plötzlich die Frau des Metallarbeiters Donges auf dem Hofe erschien. Der Schuß traf die Frau ins Auge. Sie wurde in aller Eile in die Klinik gebracht.

Der erschossene Raub. Der seit mehreren Wochen von der Gendarmerie verfolgte ungarische Raubritter Emmerich Vitalis wurde in der Wohnung seiner Familie in Veretto Serratarone entdeckt. Es entspann sich ein lebhafter Kampf, Vitalis feuerte zweimal auf die ihn umringelnden Gendarmen, ohne zu treffen, wozu er auf sich selbst einen Schuß abgab. Gletschigkeit feuerte auch die Gendarmen und von zahlreichen Schüssen durchbohrt sank er tot zu Boden.

Liebesdrama eines Garde-Leutnants. Großes Aufsehen erregte am Sonnabend im Nordwesten Berlins der tragische Selbstmord eines Liebesverhältnisses. Der 33jährige Leutnant v. L. Schöb nach heftigen Streit in seiner Wohnung in der Schornsteinstraße auf die 20jährige Näherin Anna G. und verachtete sich durch einen Schuß in die Schläfe zu töten. Er ist lebensgefährlich, das Mädchen nur leicht verletzt. Das Motiv der Tat ist Liebeskummer. Die Ärzte glauben nicht, daß der Leutnant mit dem Leben davonkommen wird.

Dienstag, den 27. September 1910.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Freitag, den 23. September.

Die Beratung über die

Wahlrechtsfrage

wird fortgesetzt.

Seine (Berlin): Als Mitglied der Reichstagsfraktion wende ich mich gegen den Antrag Vogler. Seit dreißig Jahren haben wir den Antrag regelmäßig eingebracht, aber als ich an Stelle des Genossen Vogler in ihn eintrat, lag der Antrag auch schon vor. Genosse Lehmann hätte, statt der Fraktion den überflüssigen Auftrag geben zu wollen, der einen Label enthält, als ob sie ihre Pflicht nicht erfüllt hätte, sich lieber die Reichstagsaktion ansehen lassen. (Heiterkeit.) Wir haben in Form von Anträgen und Interpellationen die Wahlrechtsfrage im Reichstage so oft wie möglich zur Sprache gebracht. (Beifall.) (Vorbemerkung: Auch beim Wahlrecht.) Wir können nicht wie die Kirche alljährlich eine Reihe von Festen feiern, sonst bleibt für die brennenden Tagesfragen keine Zeit. In den häuslichen Streit der Arbeiter des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, der langatmig erörtert, ob der Massenstreik erörtert werden soll, will ich mich nicht einmischen. Eine Erörterung des Massenstreiks im Sinne von Prüssing hätte für sehr viele Menschen wert. Hier aber wird die Propaganda auf einen bestimmten Zeitpunkt hin empfohlen. (Widerpruch.) Über den Zeitpunkt sollen ja später die Massenentscheiden. Erörterungen über den Massenstreik müssen das Maß unserer Macht in der Wahlrecht ziehen, und das ist inwieweit ein Kampf nicht angebracht. Genossin Luxemburg sprach deutsch von den Franzosen, die den Massenstreik immer im Munde führen. Sorgen wir dafür, daß man nicht später uns den gleichen Vorwurf macht. (Beifall.)

Frau Berlin: Unser Antrag will nur die geistigen Vorbereitungen für den Massenstreik

schaffen. Die besten Voraussetzungen dafür sind jetzt gegeben, wo eine gewaltige Bewegung die Massen selbst auf den Plan ruft. Da müssen wir ihnen sagen, einen wie gefährlichen und epervollen Weg wir beschreiten. Es wäre schwebel, die Parole hinauszutragen unter das erwachende und kämpfende Proletariat, ohne ihm die volle Tragweite der Gefahren und Opfer klarzumachen. Es hieße an der starken organisierten Disziplin und an der Selbstsucht der Arbeiter ver zweifeln, wenn wir ihnen nicht gleichzeitig mit der Generalstreikparole sagen können: „Heut, jetzt, gleich, noch nicht!“ (Beifall.) Wer behauptet, daß wir den Massenstreik auf einen bestimmten Zeitpunkt festlegen wollen, hat sehr Wesen noch gar nicht verstanden. Wir wollen einwirken den Gedanken nur in den Massen verbreiten, ihn dort hin tragen, wo eines Tages die Entscheidung über die Möglichkeit und Notwendigkeit fällt. Das wird uns anregen, die Organisation immer mehr auszubauen, und die Erziehung zu vertiefen. Wir müssen sie, die Herz und Strik der Massenstreikbewegung werden sollen, mit vollster Aktionsfähigkeit und höchstem Idealismus ausstatten. Propaganda bedeutet nicht Konzentration auf diesen einen Punkt. Wir propagieren ja auch den Sozialismus, ohne zu verheimlichen, daß er heute noch nicht verwirklicht werden kann. Mit so gebundenen Interpretationen soll man der Resolution nicht einen bindenden Sinn beilegen, den sie nicht haben kann und nicht haben soll. Wir müssen den Massen sagen, daß der Kampf von langer Dauer sein wird, daß er nicht von heute auf morgen, mit einer einzigen glänzenden Entschlußschlacht beendet werden kann, daß Niederlagen möglich sind, aber Niederlagen von jener Art, von denen das hoffnungsvolle Wort des kommunistischen Manifestes gilt, daß ihr positiver Erfolg in der immer größeren Vereinigung der Arbeitermassen liegt, die künftige Siege vorbereitet. (Lebhafte Beifall.)

Fürster (Hamburg): Wir sind alle darüber einig, daß Preußen der schlimmste Feind ist. „Nicht es, Preußen umzuwandeln, so haben die kleineren Staaten keinen Nutzen mehr und müssen nachgeben. Darum ist die preussische Wahlrechtsfrage eine deutsche Frage. Der Generalstreik nimmt im Arsenal unserer Waffen einen besonderen Platz ein, er ist unsere vorzüglichste und schärfste Waffe. Aber darum müssen wir ihn auch vorzüglich anwenden: seine Schärfe kann sich auch gegen uns richten. Selbstverständlich ist Auffklärung über ihn nötig, aber ich habe sie bisher nicht unterlassen, und es lag dazu auch für die anderen kein Grund vor. Die Vorstandsresolution genügt durchaus. Wir sollen nicht zu viel Resolutionen fassen, sonst vergessen wir die eine über der anderen. Die Mannheim Resolution besteht doch auch noch. Nur mit neuen Resolutionen bringen wir die Sache nicht vorwärts. Den zweiten Teil des Antrages Luxemburg lehnen wir unter allen Umständen ab. (Lebhafte Beifall.)

Sebering (Weisfeld): Bei der Massenstreikdebatte dürfen die Gewerkschaftsführer, die „Bremser“

nicht fehlen. Der Generalstreik sollte zwischen Parteivorstand und Generalkommission beraten werden. Darum darf der Parteitag die Generalkommission nicht vor vollendete Tatsachen stellen. In dieses Verhältnisverhältnis darf sich die Generalkommission nicht begeben. Ich habe in Köln dagegen protestiert, daß der Gewerkschaftsleiter den Wasserkeil einseitig regeln wolle. Ich kann auch heute dem Parteitag das Recht dazu nicht zuerkennen. „Begeisterung ist keine Seringware, die man einpöfelt auf viele Jahre.“ Wir können nicht heute Begeisterung für den Generalstreik wecken. Der Generalstreik ist auch ohne Begeisterung durch die Organisationen durchführbar. Die Resolution Luxemburg sagt entweder dasselbe wie der Parteivorstand, dann ist sie überflüssig, oder mehr, dann ist sie schädlich. Wir haben viel zu viel Resolutionen und Vorarbeiten. Wir sollten klare und durchführbare Resolutionen haben. Die Organisation ausbauen, das heißt bereit sein. (Lebhafte Beifall.)

Karl Liebknecht: Keiner von Ihnen gebrochener Angriff war gänzlich deplaziert. Nur mitten im Kampfe wollte die Vorstandskommission Erörterungen über den Massenstreik möglichst vermeiden. Heute aber sind wir in einer Kampfspause. Mein Vorschlag hat vielleicht von Veränderungen der Taktik gesprochen, aber nie von 24 Disziplinirungen in 24 Stunden. (Sehr wahr!) Die Kompetenz des Parteitages in der preussischen Wahlrechtsfrage läßt sich gar nicht bestreiten. Wir können uns heute nicht darauf beschränken, auf den nächsten Reichstagswahlkampf hinzuweisen. Vielleicht bekommen wir schon vorher eine neue Wahlrechtsvorlage, oder müssen sie durch einen Druck von außen herbeiführen. Nicht die Einseitigkeit ist die Hauptsache, sondern, daß wir das größte Maß von Entschlossenheit für den Wahlkampf aufbringen. Der Antrag Luxemburg soll nicht unumkehrbar eine Aktion herbeiführen, sondern nur die Disposition herbeiführen. Deshalb schließt der auch eine Verhandlung mit der Generalkommission zu gegebener Zeit nicht aus. Natürlich können wir auch jetzt den Massenstreik befehlen. Aber der Parteitag kann ihn noch einmal empfehlen. Das er ohne Begeisterung von oben her gemacht werden könnte, ist eine unumgängliche mechanische Auffassung. Wir müssen mit unserer wirksamsten Waffe Preußen in die Zukunft legen, damit man sich auch mit Stolz, statt wie jetzt mit Schamgefühl, ein Preuze nennen kann. (Lebhafte Beifall.)

Das Schlusswort erhält Bergmann: Ich kann der Genossin Luxemburg nicht sagen, warum wir wieder in den Wahlrechtskampf eintreten. Dafür bin ich nicht

zuständig. Aber ich würde es ihr auch nicht sagen, hier öffentlich auf dem Parteitag. (Lebhafte Beifall.) Da müssen wir Vertrauen zu den Genossen haben, die die Leitung in dieser Frage haben. Ummer hat die Instruktion an die Regimenter vorgelesen. Vielleicht ist das nicht eine Privatangelegenheit des Generals v. Bissing, sondern stammt von einer höheren Stelle. Der Erlass zeigt, welche tiefe Rüst in Preußen zwischen dem Volk und den herrschenden Gewalten besteht, die nicht mit dem Volk, mit den Massen, sondern es einfach mit ihnen Macht, mittels unterdrücken sollen. Wir lassen uns in unserem Wege dadurch auch nicht für eine Minute betreten. (Lebhafte Beifall.) Über die Durchführung des Wahlrechtskampfes brauchen wir der preussischen Landesorganisation keine Vorarbeiten zu machen. Darum lehnen wir den zweiten Teil der Resolution Luxemburg unter allen Umständen ab. Ich habe das feste Vertrauen, daß diese Wahlrechtsdebatte weit hinaus klingt ins ganze Land, und unsere Genossen und Freunde Zeugnis davon gibt, mit welchem Ernst die Sozialdemokraten den Wahlrechtskampf zu betreiben entschlossen ist. (Lebhafte Beifall.)

Der Referent Fleißner-Dresden führt aus: Der internationale Kongress in Kopenhagen hat sich mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt und in einer Resolution die Stellung zu den Konsumvereinen festgelegt. Ich brauche mich deshalb nicht zu erheben mit dieser Frage zu beschäftigen, wie es sonst notwendig gewesen wäre, zumal sich die Kopenhagener Resolution im allgemeinen mit den deutschen Verhältnissen deckt. Der wichtigste Punkt der Kopenhagener Resolution ist der, daß die Konsumvereine nur dann einen Wert für die Arbeiterbewegung haben, wenn sie mit sozialistischem Geist erfüllt sind. Unentschieden läßt die Kopenhagener Resolution die Frage, ob die Konsumvereine politisch neutral sein sollen oder nicht. Die Partei hat sich nun zum wiederholten Male mit der Konsumvereinefrage beschäftigt.

Die Anschauungen haben sich dabei gewandelt.

Sie waren früher oft sehr ungeläutert, genossenschaftsfeindlich. Sie haben sich aber im Laufe der Zeit entwickelt. In Sachsen, der Wiege der Konsumvereinebewegung, wurde auch zuerst erkannt, daß die Arbeiterkonsumvereine ihre eigenen Wege gehen müssen. 1903 wurde der Zentralverband der deutschen Konsumvereine gegründet, der den Mittelpunkt der modernen Konsumvereinebewegung darstellt. Und erst, als sich die Arbeiter in größerer Masse den Konsumvereinen anschlossen, wurde die ganze Konsumvereinebewegung lebensfähig. Die Arbeiterbewegung sieht jetzt den Konsumvereinen freundlich gegenüber. Die Arbeiter haben erkannt, daß wenn sie Einfluss auf die Konsumvereinebewegung üben wollen, sie Mitglieder werden müssen. (Sehr richtig!) Das Proletariat hat sicherlich ein größeres Interesse an den Konsumvereinen als die bürgerlichen Klassen, und obwohl der Kopenhagener Kongress wie der heutige werden erzieherisch wirken. Der letzten Internationalen Genossenschaftskongress hat bereits seiner Sympathie mit den Kopenhagener Beschlüssen Ausdruck gegeben. Natürlich ist es eine Illusion, wenn man glaubt, daß die Konsumvereine in den bürgerlichen Gesellschaft zu unterminieren. Würden sie diese Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft bedeuten, dann würden die herrschenden Klassen schon politische Mittel versucht haben, die Entwicklung zu hemmen. Immerhin können die Konsumvereine ein gutes

Mittel für die proletarische Klassenkampfbewegung

sein. Wir dürfen die Konsumvereine eben weder überschätzen noch unterschätzen. (Sehr richtig!) Wir müssen vielmehr versuchen, sie in den Rahmen der modernen Arbeiterbewegung einzufügen. (Beifall.) Wir haben nicht nötig, andere Bahnen anzufahren, als die Kopenhagener Resolution vorschreibt. Unsere Gehele bestehen politische Genossenschaften, und es wäre auch sehr unklug, die Konsumvereine in Abhängigkeit von der Partei zu bringen. Es kommt lediglich darauf an, in welchem Sinne und Geist die in den Konsumvereinen tätigen Parteigenossen wirken. In dieser Richtung ist noch viel zu tun. Seitdem die Arbeiterkonsumvereine erstarkt sind, suchen die herrschenden Gewalten ihre Entwidlung zu hemmen. Die Sozialdemokratie wird die Konsumvereine selbstverständlich immer schützen müssen und deshalb werden auch die Konsumvereine ein Interesse daran haben, mit der sozialdemokratischen Partei mindestens in einem freundschaftlichen Verhältnis zu stehen. Diefür sind die Konsumvereine noch lange keine sozialdemokratischen Institutionen, wenn sie auch das „odium“, solche zu sein, nicht mehr loswerden. Das soll, aber auch die Konsumvereine nicht mehr anfechten, namentlich die leitenden Persönlichkeiten nicht mehr stören. Die Konsumvereine sind eine proletarische Massenbewegung, und deshalb muß auch die Partei ihnen näher treten. (Sehr richtig!) Wir müssen unsere früheren Anschauungen revidieren und erklären, daß wir den Konsumvereinen freundlich gegenüberstehen. Wir müssen nicht über ihre Mängel räsonnieren, sondern besser einzugreifen suchen. (Sehr Zustimmung.) Im Grunde genommen ist die Lösung aller dieser Fragen eine Selbstfrage. Darum steht die Konsumvereinebewegung heute prinzipiell auf dem Standpunkte, daß sie die Dividenden der Arbeiterbewegung bestmöglichst zu erhalten sucht. (Sehr Beifall.) Nur so erhalten wir große Leistungsfähigkeit gegen die Konsumvereine. Es kommt also bei den Konsumvereinen alles auf das „Wie“ an. Die Konsumvereine sind, was sie aus ihnen machen. (Sehr gut!) Mögen diese Erörterungen dazu dienen, aus den Konsumvereinen eine gute brauchbare Waffe im Klassenkampfe der Arbeiter zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Die Weiterverhandlungen werden auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Schluss 8 Uhr.

6. Verhandlungstag.

Den Vorsitz führt Klüß. In der Debatte über das Genossenschaftswesen

erhält das Wort

Reud-Dessau: Wir hätten uns ruhig mit der Kopenhagener Resolution begnügen können, die deutschen Geist atmet. Die Resolution des Parteivorstandes ist in der Definition der Konsumvereine nicht eben glücklich. Ich würde lieber sagen: Die Konsumvereine sind die Organisationen derjenigen, die ihre Bedürfnisse durch gemeinsamen Kauf, sobald wie möglich durch Eigenproduktion mit eigenen Produktionsmitteln sich zu verschaffen suchen, um sowohl den Profit des Handels als auch den des Kapitals auf das niedrigste Minimum herabzudrücken. Aber ich stelle höher das revolutionäre Wort, als die revolutionäre Tat. Und darum treue ich mich über die große innere Wandlung, die in dieser Frage sich vollzogen hat. Dieser Meinungsänderung sollte und veranlassen, an den Wandel der Anschauungen in der Partei mehr zu glauben, als bisher. Wir müssen dem angeblichen Kapitalismus den Genossenschaftssozialismus entgegenstellen, der zum Sozialismus führt. Wir müssen uns an die Macht der Konsumvereine glauben, die vielmehr einst die Warenhäuser überwinden. Auch der größte Gauseliger muß die Konsumvereine werden und die Kleinsten befechtigen. Vor allem die Berliner haben die verdamnte Pflicht und Schamlosigkeit, eine große Genossenschaftsbewegung von Hand zu machen zu schaffen. Dann werden wir doppelt stolz auf unsere Vorgänger sein. Wir brauchen den Genossenschaftssozialismus, wir brauchen den Gemeinsozialismus, um unserer politischen Macht die nötige Unterlage zu geben.

Die Katastrophentheorie

nicht freilich dabei immer mehr in die Brüche gehen. Wie dem auch sei, mir ist das Ziel alles und der Weg nichts. Das Ziel aber ist der Konsumverein, der dem Sozialismus die Wege ebnet. (Beifall.)

Burm-Beilin: Wenn das Konsumvereinswesen in Deutschland nicht die gewaltige Ausbreitung hat finden können, so liegt das an historischen Gründen, aber auch an ihren abstrakten Gründen abstrakten. (Sehr gut!) Die historischen Gründe liegen darin, daß ursprünglich die Freiständigen die Genossenschaften benutzten, den Arbeitern die Ausbeutung und die schlechten Löhne erträglich zu machen, daß sie ruhig seien und sich nicht auflehnen, daher das Misstrauen gegen die Genossenschaften bei allen denen, die die bestehenden Zustände hängen wollen. Noch jetzt auf dem bürgerlichen Genossenschaftstag in Naheim hat man dieses Misstrauen als Hauptaufgabe bezeichnet. Hier soll die Genossenschaft nur das Elend bereinigen,

wie etwa in den russischen Konsumvereinen. Wir dagegen wollen durch die Konsumvereine die Arbeiter kampffähiger machen, daß sie den Klassenkampf noch stärker wie bisher führen. (Sehr gut!) Denn wir wissen ja, daß auf einer gewissen Stufe der Beornung und der Not der Kampf gegen die Ausbeutung unumgänglich wird. Die herrschende Auffassung in den Konsumvereinen sieht diese unserer Auffassung nicht freundlich gegenüber. Die Konsumvereine sind nicht die „Katastrophentheorie“ vertritt eine Genossenschaftsbewegung ohne Klassenkampf, eine liberale Genossenschaftstheorie. Wir müssen daher mit aller Schärfe betonen, daß die Genossenschaften keine selbstständigen Gebilde sind, sondern im engen geistigen Zusammenhang stehen mit Gewerkschaften und Genossenschaften, aber nicht als Schwester, sondern nur Tochter. Denn nur wo starke Parteigenossenschaften sind, kann das Konsumvereinswesen aufblühen. Darum ist auch die Neutralitätstheorie übertrieben. Es gibt in der ganzen Welt keine Neutralität, keine Unparteilichkeit, die Unparteilichkeit ballieren auf freundschaftliche mit den bürgerlichen Parteien und sind ablehnend nur gegen uns. Ein Teil Schuld trägt wohl auch das zu enge Genossenschaftsgeleit. Wir müssen Geleitsformen finden, die den Genossenschaften erlauben, sich freier zu entwickeln. Die Unparteilichkeit läßt sich nur aufrecht erhalten, weil die Masse nicht genügend Einfluss auf die Verwaltung hat. Wir müssen die Konsumvereine als Mittel des Klassenkampfes benutzen und die „Müllerei“, sowohl die von Hamburg, wie die von Basel bestärken. Wenn die Massen sehen, daß die Genossenschaften im sozialistischen Geiste gehen, dann werden sie den Genossenschaften zustimmen und wir werden die große mächtige deutsche Genossenschaftsbewegung bekommen, die wir nagen und brauchen können. (Lebhafte Beifall.)

Döhl-Weisfeld: Genossenschaften, die in sozialistischem Geiste geleitet werden, gibt es noch kaum. Aber alle Klassen und Proletariat darüber nicht nichts, wir müssen von innen und unten her besser. Darum dürfen die Parteigenossen nicht nur zur Mittelliedschaft in den Konsumvereinen verpflichtet werden, sondern noch mehr in den anderen, wo der sozialistische Geist erst noch eingeleitet werden soll. Die Genossen sollen nicht auf Grund dieser Resolution sagen dürfen: wir teilen dem Konsumverein nicht bei, er ist nicht im sozialistischen Geiste geleitet.

Im Gegenteil, diesen müssen sie erst recht beitreten. Ich hoffe, daß Fleißner diese Anlegung seiner Resolution akzeptiert, damit wir recht bald Genossenschaften erhalten, die ein

wirklich wirksames Glied im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse sind. (Beifall.)

Schmalzfeld-Bremherden: Die Konsumvereinsliteratur und -Agitation ist überwiegend antisozialistisch, man braucht nur die Arbeiten der beiden Deiler (Dr. Hans Müller-Bern und Dr. August Müller-Hamburg) anzusehen. Man bekämpft sogar die Demokratisierung der Genossenschaften durch Genossenschaftsämter mit der Begründung, die Mitglieder seien nur genossenschaftlichen Demokratie noch nicht reif! Wenn wir also sozialistischen Geist in die Genossenschaften tragen, kommen wir mit den führenden Genossenschaftlern in schwere Kämpfe. Wir haben, schreit mir, genug Kampf. Wir dürfen aber vor allem die politische Macht erobern und das Ziel nicht aus den Augen lassen. Darum dürfen wir nicht durch einen Genossenschaftskampf unsere Kräfte vergeteln und unsere Reihen lichten. Ich wünsche Ihnen alles Glück, wenn Sie den sozialen Geist in die Genossenschaften tragen, aber ich fürchte Ihre Arbeit wird schwierig, recht schwierig sein. (Lebhafte Beifall.)

Ragenfeld-Berlin: Die Waffe der Konsumvereinsmitglieder ist proletarisch, das Wesen sozialistisch, also liegt kein sachliches Hindernis vor, sie mit sozialistischem Geist zu erfüllen. Ich erkläre in der Resolution eine große Genossenschaft, aber der Vorstandsantrag scheint mir doch verschiedene Punkte zu enthalten. Es ist ja schwer, im Augenblick gute Abänderungsanträge zu stellen, da wir die Resolutionen erst als Konsumvereinsanträge bekommen. (Heiterkeit.) Jedenfalls beantrage ich, in die Resolution einzufügen 1. daß die Genossen ihre Spargelder in den Konsumvereinen anlegen sollen. Heute geben die Arbeiter ihre Spargeldchen für die Bodenwucherer oder für die Fischen- und Hypotheken her, statt auch die Spargelder der Arbeiter ebenfalls für die Befreiung der Arbeiterklasse zu organisieren, wie das zu seinem unvergänglichen Verdienste Elm getan hat in der Hamburger „Produktion“. Wir sollen auch die Erbringungen nicht vergeteln. Ich beantrage daher 2. die Erbringungen zur möglichst raschen Zusammenfassung eines großen Genossenschaftsverbandes zu verwenden. 3. beantrage ich, neben der Eigenproduktion auch den Wohnungsban in das Programm der Konsumvereine aufzunehmen und 4. eine energische Förderung der Konsumvereine den Genossen zur Pflicht zu machen. Ich habe nie die „Ausbeutungstheorie“ mit dem Konsumvereinswesen in Verbindung gebracht. Ich glaube, noch immer, daß große politische Einflüsse notwendig sein werden. Aber trotzdem können die Konsumvereine große Bedeutung erlangen. Sie können in kurzer Zeit 3 bis 5 Millionen Mitglieder haben und die organisatorische Stellung der Arbeiterklasse in gewaltigster Weise steigern.

Das ist im wahren Sinne revolutionär,

wenn man die organisatorische Kraft der Arbeiterklasse stärkt. Darum muß uns die Propaganda für die Genossenschaften eine heilige Überzeugungssache werden. Ich sage mit Viktor Adler: Arbeiten wir so praktisch, als ob wir noch 100 Jahre warten müßten, und so revolutionär, als ob wir schon morgen zur Tat berufen wären. (Lebhafte Beifall.)

Stolle-Gesau: Die Gegner reden bei jedem Streit im Konsumverein von „Sozialdemokraten als Arbeitgeber“. Dabei haben wir meist gar keinen Einfluss auf diese Dinge gehabt. Wir haben schon Anfang der 70er Jahre Produktivgenossenschaften gegründet, die trotz mancher Fehlschläge bedeutende Erfolge für die Arbeiter und die Ausbreitung unserer Ideen hatten. Unendlich größeren Wert haben die Konsumvereine als Waffe im Emanzipationskampfe der Arbeiter. Politisch müssen sie uns namentlich in den kleinen Orten, aber auch den wirtschaftlichen Nutzen darf man nicht unterschätzen. Soweit die Konsumvereine zur Eigenproduktion übergegangen sind, wirken sie vielfach preisbildend. Wir haben alle Veranlassung, die Konsumvereine zu fördern. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlussantrag wird angenommen. In seinem Schlusswort gibt der Referent Fleißner an, daß vielfach eine falsche Neutralität in den Konsumvereinen herrsche. Aber seit dem Kopenhagener Kongress sei hoffentlich eine Besserung zu erwarten. Darüber, ob die geistliche Form der Genossenschaft geändert werden soll, bestehen in Genossenschaftsämtern große Meinungsverschiedenheiten. Wir treten natürlich für die geistliche Besserung der Genossenschaften ein. Die Parteitagstheorie dagegen dürfte ich abgelehnt. Wir brauchen nicht bis in die Einzelheiten hinein den Konsumvereinen Vorarbeiten zu machen, sondern nur die allgemeinen Richtlinien festzusetzen.

Die Verhandlung des Parteivorstandes wird unter Leitung des Vorsitzenden einmütig angenommen. Es folgt als nächster Punkt die Reichsversicherungsordnung.

Reichsversicherungsordnung verweist auf die prinzipielle Forderung der Sozialdemokratie zur Sozialversicherung, die der Parteitag München 1904 aufgestellt hat, und auf die Forderungen des Reichstages zur Reichsversicherungsordnung und will sich demnach beschließen, die bisherige gesetzliche Behandlung der Reichsversicherungsordnung für zu ungenügend zu erklären. Die bürgerlichen Parteien gehen leider von dem Standpunkt aus, daß die deutsche Industrie schon überlastet ist. Die Verteilung dieser Lasten ist schon als ungenügend zu erklären. Die ganze Arbeiterversicherung sollte aus 10 Pfg. pro Tag und Kopf der industriellen Arbeiter. Zugleich das Unternehmerrisiko zu übernehmen. Die Summe dieser Summe im Werte der Waren zurückzuführen. So ist die Industrie durch die Arbeiterversicherung nicht belastet, sondern entlastet. Der zweite Gedanke der bürgerlichen Parteien ist, die Landwirtschaft vor Belastung zu schützen. Agrarisch ist Krampf, und die agrarischen Unternehmer finden immer ein williges Ohr. So daß zum Beispiel bei den Landarbeitern der Unternehmer den Antrag auf Verteilung von der Krankenversicherung stellen, wenn er angibt, für die Arbeiter sonst genügend zu sorgen. Daß die konservative Partei die Interessen der Agrarier, die nationalliberale Partei die der Kapitalisten wahrnimmt, ist selbstverständlich. Ein, besonders Erscheinung aber bildet das Zentrum, das die Agrarprosa und Herold stimmen mit den Agrariern fast mit den Junklern, die so unglücklich wie noch nie zuvor, flüchtet den letzten Stimm noch im Orbe und einige Arbeiterstimmen stimmen mit uns.

Bei den 500 Bestimmungen war das Zentrum noch nicht einmal geschlossen.

(Große Mehrheit.) Die Reichstagen vertreten zunächst die wichtigsten Forderungen, sind sonst aber für die Erweiterung der Rechte der Versicherer. Aus dieser Parteikonstitution ergeben sich die Beschlüsse. Die Versicherungsämter sind abgebaut worden, damit der Landrat dort auch im Hause der Arbeiterversicherung bleibt. Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf Landarbeiter, Dienstboten und Seemänner ist beschlossen worden, als Einkommensgrenze sind 2000 Mark festgelegt. Die Halbierung der Beiträge ist abgelehnt worden, aber durch Schuld des Zentrums sind die Rechte der Versicherer bei der Vorhabenwohl eingeschränkt worden. Die Betriebskrankenkassen sind zunächst beibehalten, werden aber wieder hergestellt. Den Landarbeitern haben wir ein Stück Selbstverwaltung erobert. Die Invaliden- und Unfallversicherung bleiben, doch ist den freien Mitgliedern die Erlösung erschwert. Die Unfallversicherung ist ein wenig ausgedehnt, doch bleiben noch vielfach Krankheitsfälle nicht unfallversicherungsfähig. Zur Deckung der Kosten der Witwen- und Waisenversicherung soll die Beitragsersatzung gegeben werden. An der Ungleichheit der Renten ist nichts geändert. Die Witwen- und Waisenversicherung in einem besonderen Gesetz vorzunehmen, ist bisher nicht angeregt worden, alsbald aber glücklicherweise. Wir haben durch unsere Tätigkeit noch gewisse Vorteile für die Arbeiterschaft herausgeschlagen, zum Beispiel daß bei der Unfallversicherung die unehelichen Kinder den ehelichen gleichgestellt werden und daß auch die „Schwarzrenten“ nicht auf geltend gemacht werden dürfen. Im allgemeinen sind die bürgerlichen Parteien aber noch härter geworden.

als früher. Deshalb wird auch nach Vertagung dieser Session die Versicherung an dauernder Gegenstand unserer Agitation bleiben müssen, und es ist Pflicht der Parteigenossen, sie zu fördern, auch wenn sie etwas trocken ist, und zu Nährstoff und fertigeren Nahrungsmitteln wenig Stoff gibt. Die kapitalistische Gesellschaft wird alle Mittel erschöpfen, um sie zu ihrem Zusammenbruch zu bringen. Zu diesem Zweck geht die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung, um die Mittel der Bourgeoisie werden sie im Laufe der Verhandlung zu Arbeiterforderungen. Wir haben von Anfang an, an der Arbeiterbewegung mitgearbeitet und schon im April 1878 hat Bebel im Reichstage das erste Arbeiterversicherungs-gesetz vorgelegt. Drei Viertel aller positiven Arbeit in der Arbeiterbewegung rührt von uns her. Wir müssen noch bester als bisher die Arbeiterversicherung fördern und populär darstellen, um sie zu einer kräftigen Waffe im Kampfe um die Sozialdemokratie zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Eine Diskussion wird nicht gewünscht, der Gegenstand ist erledigt.

Es folgen verschiedene Anträge.

Wahlrecht-Berlin begrüßt den Antrag, den Parteivorstand aufzufordern, die Einführung einer Wahlrechtsreform in die Wege zu setzen.

Geert (Parteivorstand) bekämpft den Antrag, der gegen wenige Stimmen abgelehnt wird.

John-Dresden tritt für den Antrag des A. Schlichtens ein, für die Kolportage der Parteiliteratur eine Versicherung nach Art der für Redakteure und Exzentriken bestehenden zu schaffen.

Frankfurt-Berlin stimmt der Tendenz des Antrages zu. Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

Geert-Bremen begrüßt den Antrag auf Abgabe von Verzeihen des Personals bei Konferenzen der Leiter der Parteizentralen.

Wetzlar-Sittigart und Schmidt-Dannover schließen sich ihm an.

Verordnungsamt empfiehlt Überweisung des Antrages an den Parteivorstand. Seine Meinung nach sollten die Geschäftsführer-Konferenzen sich überhaupt nicht mehr mit Angelegenheiten des Personals beschäftigen, da die dort gefassten Beschlüsse doch nicht durchgeführt werden können.

Richard Fischer-Berlin bittet um Ablehnung des Antrages, aus Liebe zum Parteivorstand. (Beifall.) Es handelt sich vielfach um Beschlüsse, die gar nicht im Sinne der Partei seien, und da könne der Parteivorstand Beschlüsse fassen.

Hilfenbrand-Sittigart: Wir haben gar keinen Anlaß, eine Sonderorganisation der Helfer in den Parteizentralen zu fordern.

Nachdem noch Fischer-Dannover für den Antrag eingetreten ist, wird dieser dem Parteivorstand überwiesen.

Es folgen Anträge, die den Ausbau des Bibliothekswesens betreffen.

Wetzlar-Dortmund begrüßt sie.

Schwarz-Schulz (Bildungsamt) teilt mit, daß der Bildungsamt für die nächste Zeit eine weitere Systematisierung des Bibliothekswesens plant.

Der Antrag wird dem Bildungsamt überwiesen.

Es folgen die Resolutionen, die den Schnapsbrennereibekämpfung betreffen.

des Reichstages beschließen, und die Genossen auffordern, sich den Forderungen mit dem Willen eine Weile zu verweigern.

Wetzlar-Berlin: Wenn auch der Schnapsbrennereibekämpfung gelungen ist, so muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, wie dringend notwendig im Interesse des Kampfes gegen die Steuer und der Gesundheit der Arbeiterschaft die Abgabe der Schnapsbrennereibekämpfung ist. Wir wollen keine Schnapsbrennerei und Schnapsbrennereibekämpfung treiben, niemand mit der Bekämpfung der öffentlichen Wohlstand zu erziehen suchen, aber wir wollen durch Aufklärung wissen und verlangen von den Parteien an hervorragender Stelle, daß sie den Genossen ein schlechtes Beispiel geben. (Beifall.) Auch bei den Veranstaltungen und Forderungen der Arbeiterschaft muß streng darauf geachtet werden, daß nicht zum Schnapsbrennereibekämpfung ausgereicht wird. Betrachten Sie nunmehr unsere Beschlüsse und sagen Sie, daß wir keine Weine und keine Liqueure, den Schnapsbrennereibekämpfung beseitigen. (Lebhafte Beifall.)

Die Anträge werden angenommen.

Wetzlar-Berlin beantragt, daß die Referate zum Parteitag 4 Wochen zuvor den Delegierten gedruckt zugestellt werden sollen.

Beinrich Schulz hält das nur für die vorgelegenen Resolutionen für notwendig.

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

Beinrich Schulz legt eine Protestresolution gegen das Vorgehen der Reichstages Polizeibehörde gegen die proletarischen Jugendbildungsvereinigungen vor. Er schildert das Verbot der Vorlesung der Entlassung der Erde auf Grund einer alten Kabinettsverfügung von 1834, das Einbringen der Polizei in die Versammlung und die Verhaftung des Referenten Engelbert Graf. Beschwerden und Klagen würden auf Anhieb betrieben werden, aber auch der Parteitag müsse seine Entschlossenheit ausdrücken und der hochförmlich vorgehenden Jugendbewegung im Kampfe gegen die Polizei den Rücken stärken.

Stirn (Berlin) macht darauf aufmerksam, daß dieses Vorgehen nicht vereinigt sei, sondern in Preußen vielfach vorkomme.

Sagenheim (Berlin): Es handelt sich um ein ganzes skandalöses System der Verhöhnung des Volkes. Wir werden zu kräftigen Abwehrmitteln, wie dem Boykott des Religionsunterrichts greifen müssen. (Lebh. Beifall.)

Die Resolution wird angenommen. Damit sind die Anträge erledigt.

Den Bericht der Beschwerdekommission erstatet Recourvel. Im Falle des Beschwerdekommission im Einverständnis mit den beiden Beteiligten entschieden: Die Behauptung Sälzlers, daß sein Name in der Kontrollkommission ausgenutzt habe, um die baltische Partei zu schädigen, ist unrichtig, jedoch von Sälzler in gutem Glauben aufgestellt.

Der Ort des nächsten Parteitages wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Dies ausnahmsweise dem Parteivorstand zu bestimmen überlassen, weil wahrscheinlich ein außerordentlicher Parteitag an einem besonders günstigen Orte notwendig werden wird.

Der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Steuerfrage zu setzen, wird dem Parteivorstand überwiesen.

In den Beratungen des Parteitages haben nach eingehender Feststellung 308 Delegierte teilgenommen, davon 218 männliche, 92 weibliche, 86 Mitglieder der Reichstagsfraktion, 9 von der Kontrollkommission, 6 vom Parteivorstand, 2 Referenten, je ein Vertreter des „Vorwärts“ und von Auer u. Co.

Die Wahlen zur Parteileitung haben die Wiederwahl ihrer bisherigen Mitglieder ergeben. In den Parteivorstand sind gewählt: Bebel mit 844, Singer mit 342 Stimmen als Vorsitzende, zum Kassierer Gerich mit 344, zu Sekretären Geert mit 340, Wolfenbühler mit 348, Müller mit 293, Pfannkuch mit 300 Stimmen, als Kassierin Luise Jürg mit 331 Stimmen. In die Kontrollkommission Bod mit 280, Braun mit 326, Fröhne mit 278, Ernst mit 352, Geert mit 264, Raden mit 279, Raben mit 276, Timm mit 295, Jeklin mit 255 Stimmen. Die Kontrollkommission hat zu Mitgliedern des Parteivorstandes Wengels und Viehmann-Berlin gewählt. Der Bildungsausschuß ist in der alten Form bestätigt worden. Damit sind die Verhandlungen des Parteitages erledigt.

Vorsitzender Diez:

Die Verhandlungen unseres Parteitages haben diesmal mehr als sonst die Aufmerksamkeit aller politischen Parteien Deutschlands erregt. Wenn die Urteile der Konservativen und der Zentrumspresse uns auch kalt lassen, so liegt das daran, daß wir sie kennen. Wir wissen, daß sie uns verhöhnen und heruntersetzt, wo sie nur kann. Solche Urteile sind uns sehr angenehm, da sie die versteckte Wut kaum verbergen können. (Sehr gut!) Je mehr dort geschimpft wird, umso sicherer werden wir selbst, denn der Beweis ist erbracht, daß wir uns auf richtigem Wege befinden. (Sehr wahr!) Dessen interessanter war dagegen das Verhalten der Liberalen. Sie haben auf etwas gehofft, das nicht in Erfüllung gegangen ist und nie in Erfüllung gehen wird. Ich werde darauf noch am Schlusse meiner Ausführungen zurückkommen.

Parteigenossen! Unsere Tagung stand während des ganzen Verlaufes unter einer strengen Sachlichkeit, wenn auch einige aufregende Momente nicht vermieden werden konnten. Das liegt aber an unserem ureigenen Wesen, frei herauszusagen, was ist, und die Meinungsfreiheit nicht einzuschränken. (Sehr gut!) Daß dabei hier und da daneben gehauen wird, das ist menschlich und umso mehr begreiflich, als allen nur das Wohl und das Gedeihen der Partei am Herzen liegt. Kein Delegierter wird mit einem bitteren Gefühl im Herzen den Parteitag verlassen. (Sehr richtig!) Ueber den Verlauf der Debatte über die Maifeier ist zu sagen, daß die Partei, wie auch in früheren Jahren, den ersten Platz am würdevollsten durch vollständige Arbeitsruhe zu setzen gedenkt, um den Protest gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus am wichtigsten zu erheben und zugleich dem Kriegsmoloch ein Dalk in seinem völkerverwüstenen Treiben zu tun. Wir wissen recht wohl, daß die Arbeiter einer Nation allein nicht stark genug sind, um mit Erfolg jenem kulturverderblichen Unheil ein Ende zu bereiten. Aber die Zeit naht immer mehr heran, wo das gesamte Proletariat aller Länder stark genug sein wird.

Krieg zwischen Kulturländern

unmöglich zu machen. Dazu soll und wird die Maifeier dienen. Das hat uns auch ganz besonders das Referat über den internationalen Kongress in Kopenhagen gezeigt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und der Wille der Proletarier aller Länder wird das vollbringen, was Ideologen im bürgerlichen Lager bislang als schönen Traum angesehen haben. (Lebh. Zustimmung.) Auch der parlamentarische Bericht hat große und erhebende Momente gehabt, und die daran sich anschließende Diskussion zeigte uns die Uebel und die Schwächen unserer innerpolitischen und wirtschaftlichen Lage, als deren Pole sich der Imperialismus im deutschen Gebiet mit einer verächtlichen Himmelsfärbung und die kaum zu ertragende Not von Millionen Volksgenossen erwies. Dort das Erdentrübsinn, hier irdische Not und Leiden und Vergewaltigung in höchster Potenz, aber auch zugleich die feste Entschlossenheit unserer Partei, als Vertreter der Armen und Glenden, dem tollen Zustand ein Ende zu bereiten. Und das Volk wird uns in diesem Kampfe treu zur Seite stehen. (Bravo!) Als ein weiteres gutes Zeichen unserer Entwicklung ist auch der freundliche Standpunkt unserer Partei zu der Konjunkturbewegung anzusehen. Wenn nicht alles täuscht, wird diese Bewegung insande sein, den Arbeitern eine starke Stütze zu bilden im Kampf gegen Ausbeutung und Ueberverteilung im täglichen Leben und dabei eine große erzieherische Wirkung ausüben. (Bravo!)

Das ist umso notwendiger, als wir sehen, wie in der sozialen Reform, trotz des Trommelgeräusels der Offiziere und Offiziere, eine Art Versteinerung eingetreten ist. Die große Vorlage, die den Reichstag z. B. beschäftigt, ist eigentlich nichts weiter, als eine rein mechanische Zusammenlegung der Versicherungsgesetze, bei der neben manchem Besseren aber auch die Beschiebung der Selbstverwaltung der Klassen, besonders der Rechte der Arbeitnehmer steht. Noch bei keinem Gesetz zuvor ist seitens der Parteileitung, der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages eine so gründliche und umfassende Sichtung und Bearbeitung des Materials erfolgt, wie gerade bei dieser Vorlage. Sollen wir, daß diese Riesearbeit wenigstens den Erfolg haben möge, daß die Arbeiter nicht schlechter gestellt werden als bisher. (Bravo!)

Nun noch einige Worte zu der

badischen Subjektbewilligung,

die ihre Schatten in der Literatur und in Versammlungen vorauswarf. Gewiß, die Angelegenheit war auch für uns keine angenehme, aber sie ist erledigt, wie sie unter Parteigenossen erledigt werden muß. (Sehr wahr!) Parte Worte links und rechts, dann aber, als der Streit sein parlamentarisches Ende fand, die erhebenden, von richtigem parteigenösslichem Gefühl getragenen Erklärungen der vier süddeutschen Fraktionen am Freitag mittag. Ich habe manches Auge

nahe werden sehen, — das war keine Sentimentalität, sondern Freude über die wirklich vollzogene Einigung zwischen Nord und Süd unseres Vaterlandes. (Lebhafte Beifall.)

Parteigenossen, der alte Liebfleisch hat einmal das Wort ausgesprochen: Die geballte Faust dem Gegner, den Genossen auch den Strauchelnden, die hilfreiche Bruderhand. (Sehr gut!) Sie wissen, was ich damit meine. Ich möchte dazu noch sagen, damit die andere Seite auch ihr Teil erhält (Geltend) das wir bildlich gesprochen, als Partei mit einem großen Hause zu vergleichen sind, das viele Wohnungen hat, Wohnungen für alle, denn wir möchten alle haben, die den Kampf gegen das Unrecht führen wollen, aber auch in den Temperamenten sehr verschieden sind. Das kann der Hausbesitzer ertragen; ohne das Auseinanderklagen der Meinungen kommt die Wahrheit nicht an den Tag. Aber eins kann er verlangen: die Hausordnung müssen alle ohne Unterschied respektieren. (Lebhafte Beifall.)

Dabei haben wir auch die große Freude gehabt, unseren alten Führer Bebel in geistiger Frische und Kraft wieder unter uns zu sehen, was uns alle mit einander sehr gefreut hat. Es ist zweifellos der Wunsch der Delegierten hier im Saale und der Parteigenossen im ganzen Reich und weit darüber hinaus, daß seine gute Gesundheit andauern möge, damit er das Werk, das er begonnen hat, fortsetzen kann. (Sturm. Beifall.)

Und damit komme ich zum Schluß. Das, was uns alle bewegt und die Partei vor schwere Aufgaben stellt, ist der

Wahlrechtskampf in Preußen,

der muß in einem wirklich glücklichen Ende geführt werden, und wenn man Ihre entschlossenen, kampftüchtigen Gesichter sieht, so ist an dem Ausgang gar nicht zu zweifeln.

Wenn die Liberalen uns zu diesem Kampfe als offizielle Bundesgenossen haben wollen, so sehen sie den Wald vor Bäumen nicht. Es existiert keine ernstliche liberale Forderung, die nicht von unserer Partei lebensschaffend vertreten wird, mit einer Leidenschaft, von der bei den Liberalen äußerst wenig zu merken ist. (Sehr richtig!) Von einem Handel zwischen uns und der Liberalen kann nicht die Rede sein, wohl aber von einer Hilfe dort, wo die Liberalen einem Reaktionsär gegenüber zu schwach sind. Wo es uns selbst nicht gelingt, aus eigener Kraft den Reaktionsär zu besiegen, haben wir den Liberalen als das kleinere Uebel heraus. So war es immer, selbst in dem in dem Disziplinbruch (Geltend), so wird es auch fernerhin bleiben. Also bitte, mögen Sie gegebenenfalls das Beste tun. So, aber auch nur so, ist eine Bundesgenossenschaft denkbar. Wir sind schon zu häufig gelehrt worden, um uns Illusionen hinzugeben. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn der Parteitag geschlossen sein wird, treten die Delegierten in ihrer Heimat wieder in den Kampf ein, der heißer als je werden wird. Sie treten nach dem Zusammenarbeiten mit den Parteifreunden aus allen Ecken Deutschlands mit dem erhebenden Gefühl wieder in die Schlachtreihen der Proletarier, daß die Partei einig, wie je ist. Das sollte Bewußtsein, daß ihr der endliche Sieg werden muß, befeuert sie und feuert sie an. Groß sind die Mühen, aber groß und gewaltig ist auch das geistliche Ziel.

Als feierlich das Wort gelassen ausgesprochen wurde, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegt, fiel dabei auch die schöne Bezeichnung für die deutschen Arbeiter, daß sie wasser- und landlos seien. Das hat uns ein mittelalterliches Lächeln entlockt und das war noch zu viel. (Sehr gut!) Wissen wir doch, daß Deutschlands Zukunft in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung liegt und daß die wahre Kultur nirgends sicherer ruht und getragen wird, als in den Köpfen und Herzen der Arbeiter, — eine Kultur, die den Frieden auf Erden will, auf daß sie den Menschen ein Wohlgefallen sei. (Lebh. Beifall.)

Betrachten wir das Ergebnis, daß wir unerschüttert vor allem Bösen unserer Kampf weiter führen wollen bis zum endlichen Sieg mit einem dreifachen Hoch auf die sozialdemokratische Partei Deutschlands und die sozialdemokratische Bewegung aller Länder. Da Sozialdemokratie lebe hoch, hoch, hoch!

Die Delegierten haben sich während der letzten Worte erhoben, sie stimmen begeistert in den Hochruf ein und singen stehend die ersten beiden Strophen der Arbeitermarzialle. Vorf. Diez: Der Parteitag ist geschlossen. Schluß 1 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Vertworfene Revision. Der Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund“, Genosse Wesemeyer, war in dem bekannten Braunschweiger Wahlrechtsdemonstrations-Prozess zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt worden. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Der Reichsanwalt führte in der Verhandlung aus: „Ein Arbeiterblatt-Redakteur hat überhaupt nicht das Recht, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, und die Presse hat nicht mehr Recht, als wie jeder Privatmann.“ Braunschweiger und Breslauer ähneln sich.

Arbeiterbewegung.

Lohnbewegung der Seimarbeiter in der Schuhbranche in Neustadt O/S. Am Sonnabend fand in Uebichs Lokal ein öffentliche, von der freien, sowie von christlicher Seite gemeinsam einberufene Schuhmacherversammlung statt, wozu Stellungnahme zum Einreichung von Lohnforderungen. Nach eingehender Würdigung der außerordentlich schlechten Lohnverhältnisse der Seimarbeiter durch die beiderseitigen Gauleiter, sowie auch von einzelnen Kollegen, wurde die Forderung einer 20 Prozentigen Lohnerhöhung beschlossen. In der Diskussion wurde noch besonders hervorgehoben, daß einzelne Meister, trotz der ohnehin schlechten Bezahlung unter allerlei Vorwänden und Gründen immer noch Abzüge vornehmen. Diesem Treiben kann freilich nur eine starke Organisation Halt gebieten und die höchste Zeit wäre es, daß der Organisationsgedanke auch bei den Seimararbeitern fester Fuß fassen möchte.

Arbeitseinstellung im Brauereibetriebe. Infolge fortwährender Verträge gegen den mit der Organisation der Brauereiarbeiter abgeschlossenen Tarifvertrag haben die Arbeiter der Brauerei und Brennerei Lehre am Freitag Morgen die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitseinstellung erfolgte fast einmütig; nur wenige Unorganisierte sind stehen geblieben.

Vertragsabschluss in der Thermometerindustrie. Die Arbeiter der Firma Gebr. Bergmann, Thermometerfabrik in Meßlabach (Südthüringen) reichten am 19. September cr. eine Lohnforderung ein, die ihr bisheriges, durch Vertrag festgelegtes Lohnverhältnis um 1. März cr. abließ. Die Firma bewilligte die von den Arbeitern eingereichten Forderungen mit einigen unwesentlichen, materiell belanglosen Abänderungen. Es wurde ein neues, bis ersten Oktober 1914 laufendes Lohnvertragsverhältnis eingegangen, das für die Arbeiter drei Lohnzulagetermine vorsieht, die am 1. Oktober 1910, 1. Oktober 1911 und 1. Oktober 1912 in Kraft treten.

Aussperrung der saufziger Textilarbeiter in Aussicht. Seit einigen Tagen streiken bei einigen Forster Firmen die Arbeiter verschiedener Branchen der Textilindustrie. Um den Streik, der aus Lohnforderungen entstand, niederzuschlagen, hat die Unternehmensorganisation der saufziger Textilindustriellen ein Direktiv an sämtliche Firmen gefaßt, und angekündigt, daß am 5. Oktober sämtliche Textilarbeiter zu entlassen sind, falls bis dahin nicht die Differenzen bei den Forster Firmen beigelegt sind.

Es kommen, falls der Beschluß der Textilindustriellen Verbandes ausgeführt wird, mindestens 18.000 Textilarbeiter in Frage.

Das Automobil im Dienste der amerikanischen Gewerkschaften. Eine große Anzahl amerikanischer Gewerkschaften haben eigene Automobile für ihre Agenten und Direktoren. So besitzen z. B. in Chicago allein die Klempner 8, die Maurer 2, die Zimmerer, Tunnelbauer, Reinigungsarbeiter, Eisenbahnarbeiter und andere je ein eigenes Auto.